

Debatten zu islamistischem Extremismus

Shaimaa Abdellah, Sina Tultschinetski (Hrsg.)



Transfervorhaben Gesellschaftliche Ursachen
und Wirkungen des radikalen Islam
in Deutschland und Europa

Inhalt

Einführung – die RADIS-Blogserie	
<i>Shaimaa Abdellah, Sina Tultschinetski (RADIS)</i>	3
Umstrittene Begriffe pragmatisch definieren: Beispiel „Islamismus“	
<i>Martin Kahl (KURI)</i>	7
Antimuslimischer Einstellungs-rassismus als Faktor rechter Radikalisierung	
<i>Gert Pickel (RIRA)</i>	11
Der islamisierte Antisemitismus: Aufgebauschtes Schreckgespenst oder bagatellisiertes Ressentiment?	
<i>Cemal Öztürk, Susanne Pickel und Gert Pickel (RIRA)</i>	14
Die Schlüsselrolle der Schulen in der Prävention von islamistischer Radikalisierung	
<i>Mehmet Kart, Yannick von Lautz, Eike Bösing und Margit Stein (Distanz)</i>	20
Jugend in der Krise – Überforderung, Bewältigung und Radikalisierungspotenziale	
<i>Hannah Hoffmann, Kim Hesch, Johanna Niendorf, Kazim Celik und Fabian Hess (RIRA)</i>	24
How can research on topics surrounding radicalization, extremism, and terrorism be safe and socially sustainable?	
<i>Reem Ahmed, Mona Klöckner und Manjana Sold (KURI)</i>	30
Forschung ohne Praxis?! Ein Überblick aktueller Entwicklungen und ein „Was wäre, wenn?“-Gedankenspiel	
<i>Lars Wiegold (RADIS)</i>	35
Projekte und Autor*innen	39

Einführung – die RADIS-Blogserie

Shaimaa Abdellah, Sina Tultschinetski (RADIS)

Islamismus ist nicht nur eine Ideologie, sondern auch ein Resonanzraum für Krisen, der in sich stetig verändernden gesellschaftlichen Kontexten neue Ausdrucksformen annimmt. Besonders im Fokus stehen derzeit seine Wechselwirkungen mit rechtsextremen und antimuslimischen Einstellungen in Deutschland, die sich angesichts aktueller Konflikte und Krisen verstärken. Diese Dynamiken zeigen, wie eng verschiedene Formen von Extremismus miteinander verflochten sind und sich gegenseitig beeinflussen können. Die vorliegende Publikation versammelt Beiträge der PRIF Blogserie „Debatten zu islamistischem Extremismus. Islamistische Radikalisierung, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus“. Darin beleuchten Expert*innen aus dem RADIS-Netzwerk aktuelle Debatten zu Islamismus, mit einem Fokus auf:

1. Islamistische Radikalisierung, Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus in Deutschland und ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Polarisierung

2. Jugendliche, ihr Krisenerleben und Bewältigungsstrategien im Zusammenhang mit Radikalisierungspotenzialen sowie die besondere Rolle von Schulen in der Prävention

3. Herausforderungen für Wissenschaftler*innen, die sich im Spannungsfeld zwischen Begriffsdebatten, methodischen Fragen, ethischer Verantwortung und persönlicher Sicherheit bewegen

Rassistische, nationalistische und chauvinistische Weltbilder sind längst nicht mehr radikalen Gruppen vorbehalten, sondern finden auch in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ Anklang. Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie 2022 (DECKER et al.) verdeutlichen dies: So ist die Ablehnung von Muslim*innen in Ostdeutschland im Vergleich zu 2020 deutlich gewachsen. Und auch im Westen sind ausländerfeindliche Einstellungen in den Folgejahren stark angestiegen (Decker et al. 2024). Der Bericht des unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (TAGESSCHAU 2023) des Bundesministeriums für Inneres und Heimat bestätigt, dass etwa jeder Zweite in Deutschland muslimfeindlichen Aussagen zustimmt. Die Mitte-Studie 2023 (ZICK, KÜPPER & MOKROS) weist zudem auf einen besorgniserregende Konjunktur rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungen hin. Diese Entwicklung manifestiert sich im Erstarken der AfD, die antimuslimischen Rassismus in ihren Parteiprogrammen (AfD 2016) propagiert und in mehreren Bundesländern zu den stärksten Parteien zählt.

Auch der öffentliche Diskurs zum Nahost-Konflikt nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauf folgenden Krieg in Gaza trägt zur gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland bei. Während sich Jüdinnen und Juden zunehmend bedroht fühlen, erleben Muslim*innen verstärkt Isolation, Verurteilung und Stigmatisierung. Welche Folgen haben diese Entwicklungen für das Framing von Muslim*innen und ihre Handlungs- und Ausdrucksräume? Und welche Auswirkungen kann das auf ihre Selbstwahrnehmung, Einstellungen und potenzielle Radikalisierung haben?

Radikalisierung und Co-Radikalisierung: Ein Wechselspiel

Die Dynamik zwischen islamistischer und islamfeindlicher Radikalisierung ist derzeit eine der zentralen Fragen des Forschungsfelds. Inwiefern beeinflussen sich diese Prozesse wechselseitig und wie tragen aktuelle Diskurse dazu bei? Ergebnisse aus dem RADIS-Netzwerk zeigen, dass extremistische Ideologien sich gegenseitig verstärken und sich dabei teils ähnlicher Versatzstücke bedienen. Als ein zentrales Brückennarrativ (MEIERING et al. 2018) wird der Antisemitismus genannt, der in islamistischen wie in rechtsextremen Kreisen und auch in Teilen der politischen Linken vorherrscht.

Doch was trägt zum „Teufelskreis“ der Co-Radikalisierung bei? Auf der einen Seite stehen soziale Medien in der Kritik, diese Prozesse zu intensivieren (GHAFOR 2023), indem sie Echo-Kammern schaffen und durch ihre Algorithmen polarisierende Inhalte fördern. Auf der anderen Seite sehen sich insbesondere Muslim*innen mit rassistischen Anfeindungen, Bedrohungsgefühlen, Diskriminierungswahrnehmungen und der Sorge vor rassistischer Gewalt konfrontiert, auf die sie teils mit einer extremen Haltung reagieren (HÖSSL 2019). Eine Folge sind exklusive Gemeinschaftskonzepte, die die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und Prozesse der Co-Radikalisierung begünstigen, insbesondere dann, wenn aktuelle Ereignisse und hitzige Debatten die eigenen Wahrnehmungen vermeintlich oder tatsächlich bestätigen.

Jugendliche im Blick: Mobilisierung, Bedrohungsgefühle und Bewältigungsstrategien

Besonders Jugendliche sind potenziell gefährdet, sich unter solchen Bedingungen zu radikalisieren. Abgesehen von alterstypischen Problemen bergen das zunehmend angespannte soziale Klima und die Konfrontation mit eigenen Bedrohungsgefühlen besondere Risiken und beeinflussen individuelle und soziale Bewältigungsstrategien. Neben der Familie und dem direkten sozialen Umfeld spielen insbesondere Schulen hier eine entscheidende Rolle, sowohl bei der Entstehung als auch bei der Prävention von Radikalisierungstendenzen. In Zeiten komplexer und emotional aufgeladener politischer Debatten, die auch an Schulen geführt werden, können vorschnelle Radikalisierungsverdachte zusätzlich zur Stigmatisierung und Polarisierung beitragen. Stattdessen braucht es eine offene und wertschätzende Diskussionskultur (HOLLY 2023) sowie Präventionsansätze, die die Ansichten junger Menschen respektieren und sie in ihren analogen und virtuellen Lebenswelten erreichen. Denn Diskurse werden mehr denn je online geführt, und auch islamistische Propaganda, die gezielt Jugendliche anspricht (SHAMDIN & EL-AUWAD 2023), lebt von digitalen Plattformen und sozialen Netzwerken. Besondere Bemühungen sollten zudem in der kommunalen Präventionsarbeit, im Bildungssektor und in der Jugendhilfe unternommen werden. Obwohl bestehende Netzwerke und Beratungsstellen bereits wertvolle Arbeit leisten, bedarf es einer stärkeren und nachhaltig finanzierten lokalen Präventionsstruktur, die auch die politische Bildung und den Umgang mit sozialen Medien miteinbezieht.

Herausforderungen des Forschungsfelds zwischen Sicherheit und Verantwortung

In gesellschaftspolitisch sensiblen Feldern wie der Forschung zu Islamismus stehen Wissenschaftler*innen vor wichtigen Fragen zu Ethik, Verantwortung und Sicherheit. Wie kann gewährleistet werden, dass sie sich nicht ungewollt in gefährliche Situationen begeben oder gar ins Visier extremistischer Gruppen geraten? Und wie können entsprechende Schutz- und Unterstützungsstrukturen aussehen? Insbesondere, da wissenschaftliche Debatten längst Einzug in soziale Medien gefunden haben und persönliche Informationen gleichzeitig leichter denn je auffindbar sind, wird Eigenschutz ein zunehmend wichtiges Thema. Die physische Bedrohung ist dabei nur ein Aspekt – ebenso gravierend sind die psychischen Belastungen (VOX-POL 2023), die durch die intensive Auseinandersetzung mit radikalem Gedankengut oder der Konfrontation mit extremen audiovisuellen Inhalten entstehen. Zusätzlich schwierig kann es werden, wenn Forschende durch ihren persönlichen Hintergrund besonders vulnerabel sind. So kann beispielsweise eine eigene muslimische Identität die wissenschaftliche Arbeit im Feld der Islamismusforschung einerseits bereichern. Andererseits besteht das Risiko, persönlichen Anfeindungen ausgesetzt zu sein, sowohl von Seiten islamistischer als auch muslimfeindlicher Akteure. In Zeiten von vermehrtem antimuslimischem Rassismus ist das eine nicht zu unterschätzende Herausforderung.

Über Islamismus sprechen – aber wie?

Eine weitere Herausforderung ergibt sich aus den Debatten darüber, wie bestimmte Kernbegriffe in der Forschung verwendet werden und wirken. Wie können Schlüsselbegriffe, darunter „Islamismus“ und „Radikalisierung“, definiert und verwendet werden, um das Phänomen einerseits angemessen abzubilden und andererseits Stigmatisierungen zu vermeiden?

Begriffsdebatten sind komplex, weil sie durch unterschiedliche Kontexte und disziplinäre Perspektiven geprägt sind. Obwohl beispielsweise oft angenommen wird, dass Islamismus zwangsläufig mit einer extremistischen und gewaltaffinen Haltung einhergeht, verfolgen einige Islamist*innen ihre Ziele, ohne zur Gewalt zu greifen (PFAHL-TRAUGHBER 2011). Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „Radikalisierung“ (ABAY GASPAS et al. 2018). Während einige – in der Wissenschaft wie außerhalb – damit eine wachsende Neigung zur Gewalt verknüpfen, die unter allen Umständen bekämpft werden muss, sehen andere sie primär als Abkehr von etablierten Normen, die unabhängig von gewalttätigen Absichten sein kann und nicht per se problematisch sein muss. Doch wie können wir dann wissen, ob wir über das Gleiche sprechen? Wie lassen sich Begriffe, so umfassend, nuanciert und differenziert sie sein mögen, in erforschbare und diskutierbare Konzepte überführen? Geht man einen Schritt weiter, stellt sich zudem die Frage, welche Rolle Wissenschaftler*innen im gesellschaftspolitischen Diskurs spielen und inwiefern sie ihn durch Themensetzung oder Begriffsverwendung mitgestalten.

Angesichts dieser Rollenfrage gilt es, Uneinigkeiten bezüglich der Begrifflichkeiten zu überbrücken, um die lähmenden und bisweilen unproduktiven Begriffskonflikte zu überwinden. Ein gewisses Maß an konzeptioneller Vielfalt kann dabei durchaus produktiv sein und im Sinne einer disziplinenübergreifenden und an gesellschaftlicher Problemlösung orientierten Perspektive fruchtbar gemacht werden. Dies erfordert zwar keine konzeptionelle Einigkeit, wohl aber ein gegenseitiges Verständnis und eine fundierte Kenntnis der kulturellen und sozialen Kontexte, in denen Begriffe angewendet werden. Nur so können alle Facetten dieses komplexen Forschungsfelds beleuchtet und verstanden werden.

In der RADIS-Blogserie diskutieren Expert*innen des RADIS-Forschungsnetzwerks diese und weitere zentrale Fragen rund um Islamismus in Deutschland und zeigen aktuelle Dynamiken und Komplexitäten des Phänomens auf.

Die Blogserie erschien zwischen Dezember 2023 und Mai 2024 im Rahmen des vom PRIF koordinierten Projekts RADIS – Begleit- und Transfervorhaben „Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam in Deutschland und Europa“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). RADIS organisiert und begleitet im Zeitraum 2020-2025 den Wissenstransfer innerhalb der Förderlinie sowie mit der breiteren Forschungslandschaft, der Fachpraxis der Extremismusprävention und politischen Bildung und in den politischen Raum. Die zwölf Forschungsprojekte, die im RADIS-Forschungsnetzwerk zusammengeschlossen sind, beschäftigen sich mit den vielen Facetten des Phänomenbereichs Islamismus. Sie erforschen seine gesellschaftlichen Ursachen und Wirkungen aus verschiedenen disziplinären Perspektiven und generieren Wissen, das auch für Prävention und Politik wichtige Implikationen birgt.

Dieser Beitrag wurde im Dezember 2023 erstmals veröffentlicht und im Februar 2025 aktualisiert.

Literatur

- Abay Gaspar, Hande/ Daase, Christopher/ Deitelhoff, Nicole/ Junk, Julian/ Sold, Manjana (2018):** Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs. PRIF Report 5/2018, Frankfurt/M.
- AfD (2016):** Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>, letzter Zugriff: 06.02.2025.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/ Brähler, Elmar (2022):** Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/ Brähler, Elmar (2024):** Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial.
- Ghafoor, Farangies (2023):** Filterblase und Echokammer: Polarisieren Facebook und Instagram wirklich? <https://www.tagesspiegel.de/wissen/filterblase-und-echokammer-polarisieren-facebook-und-instagram-wirklich-10240735.html>, letzter Zugriff: 04.02.25.
- Holly, Leon (2023):** Nahostkonflikt an Schulen: „Mehr Mut zur Kontroverse“. <https://taz.de/Nahostkonflikt-an-Schulen/!5967299/>, letzter Zugriff: 21.11.2024.
- Höfl, Stefan (2019):** Diskriminierung und Radikalisierung. Zwei Seiten einer Medaille!? <https://www.bpb.de/themen/infodienst/295672/diskriminierung-und-radikalisierung/>, letzter Zugriff: 21.11.2024.
- Meiering, David/ Dziri, Aziz/ Foroutan, Naika/ Teune, Simon/ Lehnert, Esther/ Abou Taam, Marwan (2018):** Brückennarrative - Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen. PRIF Report 7/2018, Frankfurt/M.
- Pfahl-Traughber, Armin (2011):** Islamismus – Was ist das überhaupt? Definition – Merkmale – Zuordnungen. <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Shamdin, Yasmina/ El-Auwad, Hanin (2023):** Islamistische Stimmungsmache in den Sozialen Medien. Wie Islamist*innen internationale Konflikte instrumentalisieren. <https://www.bpb.de/themen/infodienst/519310/islamistische-stimmungsmache-in-den-sozialen-medien/>, letzter Zugriff: 21.11.2024
- Tagesschau (2023):** Muslimfeindlichkeit in Deutschland weit verbreitet. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/muslimfeindlichkeit-expertenbericht-100.html>, letzter Zugriff: 04.02.2025.
- VOX-Pol (2023):** Der REASSURE Report: Eine Kurzfassung. <https://voxpath.eu/der-reassure-report-eine-kurzfassung/>, letzter Zugriff: 21.11.2024.
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Mokros, Nico (2023):** Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: J.H.W. Dietz.

Umstrittene Begriffe pragmatisch definieren: Beispiel „Islamismus“

Martin Kahl (KURI)

Extremismus, Fundamentalismus, Islamismus, Islamophobie oder Islamkritik sind allesamt umstrittene Begriffe, die in öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen inhaltlich unterschiedlich ausgedeutet werden. Diskussionen über solche „Kernbegriffe“ sind unerlässlich. Um gemeinsam wissenschaftlich arbeiten zu können, muss aber ein gemeinsames Verständnis über die verwendeten Begriffe und ihre Definition gefunden werden. Dieser Blogbeitrag plädiert für einen pragmatischen Umgang mit Begriffen und Definitionen und zeigt dies exemplarisch an dem Begriff „Islamismus“.

Wie heftig Kontroversen über Begriffe sein können, zeigten Auseinandersetzungen um die begriffliche Fassung der Angriffe auf Israel am 7. Oktober 2023. So gingen bei der BBC unzählige Beschwerden ein, weil sie entschieden hatte, die beteiligten Hamas-Mitglieder nicht als „Terroristen“ zu bezeichnen und ihre Gewalttaten an diesem Tag nicht als „Terrorismus“. Aus ihrer Sicht (BBC o.J.) vertrat die Verwendung dieser Begriffe nicht mit ihrem Verständnis von Objektivität, da sie politische Wertungen transportieren und normativ aufgeladen sind.

Delegitimierung durch negativ konnotierte Begriffe

Weitere Begriffe, die im Zusammenhang mit dem 7. Oktober verwendet wurden, waren bereits zuvor Gegenstand länger anhaltender Kontroversen auch zwischen Wissenschaftler*innen. Bei ihnen ging es etwa darum, ob der Begriff „Apartheid“ (ASSEBURG 2022) in Bezug auf die von Israel kontrollierten und besetzten Gebiete im Westjordanland zutreffend ist oder ob Israels militärisches Vorgehen im Gaza-Streifen heute und in der Vergangenheit als „Genozid“ bezeichnet werden kann. Auf der anderen Seite gibt es eine Debatte darüber (DORFER 2023), ob und wann pro-palästinensische Äußerungen und Demonstrationen „antisemitisch“ sind und es sich bei ihnen überdies um „islamistische Aufmärsche“ handelt.

Solche und andere negativ konnotierte Begriffe werden nicht zuletzt auch deshalb immer wieder gewählt, um politische Gegner oder Andersdenkende abzuwerten und ihre Handlungen zu delegitimieren. Divergenzen um die angemessene Zuschreibung sind jedoch nicht allein weltanschaulich begründet oder beruhen auf politischem Kalkül, sie hängen vielmehr zugleich mit unterschiedlichen Begriffsverständnissen und -definitionen zusammen und sind auch deshalb oft nur schwer zu überbrücken.

In der Alltagssprache und in öffentlichen Diskursen können wir uns über Dinge oder Vorgänge auch verständigen, ohne sie zuvor definiert zu haben. Wir setzen vielmehr voraus, dass unser Gegenüber versteht, was wir mit den Begriffen, die wir verwenden, meinen. Wenn sich während der Unterhaltung herausstellt, dass mit den verwendeten Begriffen unterschiedliche Inhalte verbunden sein könnten, fragen wir nach: „Was verstehst du denn genau unter ‚antisemitisch‘?“, zum Beispiel. Auch wenn sich herausstellt, dass die Gesprächspartner*innen mit dem Begriff sehr unterschiedliche Dinge meinen und dass sie sich möglicherweise auch nicht auf eine gemeinsame Begriffsbestimmung oder -verwendung einigen werden, können sie ihre Debatte (darüber) unendlich lange fortsetzen.

Für ein pragmatisches Ausschlussverfahren bei der Begriffswahl

In der Wissenschaft verhält es sich anders. Hier sind Definitionen notwendig und für den Forschungsprozess unverzichtbar. Sie schließen immer bestimmte Aspekte, die sich auf das gemeinte Phänomen

beziehen, ein und andere aus und konstituieren auf diese Weise erst den Forschungsgegenstand. Auch unter Wissenschaftler*innen gibt es, wie oben gesehen, unterschiedliche Ansichten darüber, welches der angemessenste Begriff ist, um das gemeinte Phänomen zu bezeichnen und welche Phänomene und Personen(gruppen) unter den verwendeten Begriff fallen. Eine ganze Reihe von Begriffen und Definitionsangeboten steht deshalb oft nebeneinander im Raum. Grundsätzlich stellt dies kein Problem dar, es wird spätestens jedoch dann zu einem, wenn Forscher*innen zum Beispiel Disziplinen übergreifend in einem gemeinsamen Projekt eng zusammenarbeiten wollen. Dann ist Pragmatismus gefragt, um überhaupt mit der wissenschaftlichen Arbeit beginnen zu können.

Welche Begriffe für ein bestimmtes Phänomen im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs verwendet werden, lässt sich nicht dekretieren. Um für ein konkretes Untersuchungsvorhaben zu einer Einigung zu gelangen, ist jedoch ein Ausschlussverfahren zweckmäßig, das Vorzüge und Nachteile unterschiedlicher Begriffe berücksichtigt und am Ende eine pragmatische Entscheidung durch die Forscher*innen ermöglicht.

Unterschiedlich belastete Beschreibungen des Islam

Für Versuche, im Namen des Islam eine Gesellschafts- und Staatsordnung herzustellen, die sich allein religiös legitimiert, ist in Deutschland der Begriff „Islam“ im politischen, sicherheitsbehördlichen und wissenschaftlichen Diskurs mit unterschiedlichen Adjektiven versehen und hierdurch problematisiert worden. Neben dem Begriff „radikaler Islam“ gibt es die Varianten „politischer Islam“ und „legalistischer Islam“ sowie „legalistischer Islamismus“. Abgesehen davon, dass diese unterschiedlichen Bezeichnungen jeweils mit unterschiedlichen Bedeutungsinhalten gefüllt und weiter oder enger gefasst werden, sind sie auf unterschiedliche Weise „belastet“.

Der Begriff „radikaler Islam“ (ABDELKADER 2016) wird in den letzten Jahren im angelsächsischen Raum in rechtskonservativen Diskussionszusammenhängen verwendet und dient hier häufig auch der Abwertung des Islam als Religion. Der Begriff „politischer Islam“ wiederum könnte so gedeutet werden, dass es bereits verdächtig oder unerwünscht ist, wenn Muslime sich in irgendeiner Weise politisch betätigen. Ähnliches gilt für den „legalistischen Islam“. Auch hier ist mitgedacht, dass die politischen Aktivitäten von Muslimen darauf zielen, Politik und Gesellschaft im Sinne islamischer Normen umzugestalten und den demokratischen Rechtsstaat zu untergraben, nur ohne Rückgriff auf Gewalt oder andere gesetzeswidrige Aktivitäten. „Legalistischer Islamismus“ ist eine Wortschöpfung, die der Verfassungsschutz (FOUAD & SAID 2020) verwendet und die dessen gesetzlichen Auftrag reflektiert. Durch ihn soll mit Blick auf staatliche Eingriffsmöglichkeiten eine Trennlinie zwischen legalen und illegalen Aktivitäten gezogen werden, er ist selbst aber unscharf.

Viele Wissenschaftler*innen und Präventionsakteure verwenden inzwischen den Begriff „Islamismus“. Anders als die anderen Begrifflichkeiten versieht er nicht das alleinstehende Wort „Islam“ mit Attributen und schafft über seine Nachsilbe eine deutlichere Unterscheidung des Islam, der von einer großen Anzahl von Menschen lediglich als Religion verstanden und gelebt wird, von einem politischen Programm mit einer im Kern antipluralistischen und antidemokratischen Zielrichtung. Zwar ist er im Vergleich zu den anderen Begriffen weniger kontrovers und geeignet, Stigmatisierungen von Muslimen zu vermeiden. Dennoch lassen sich negative Konnotationen, mit denen der Begriff in der Alltagssprache „imprägniert“ ist, auch im wissenschaftlichen Kontext nicht vollständig abstreifen. Ein Teil der Präventionsakteure (BAG RELEx o.J.) vermeidet deshalb auch diesen Begriff und bevorzugt den des „religiös begründeten Extremismus“. Gegen diesen kann jedoch eingewandt werden, dass er sehr breit ist und mehr als das gemeinte Phänomen umfasst. Nimmt man alle der hier in Erwägung gezogenen Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Begriffe zusammen, so erfasst er das gemeinte Gedankensystem und die aus ihm abgeleiteten Handlungen im Vergleich zu den anderen Begriffen noch am angemessensten. Mehr sollte nicht verlangt werden. Ihn wegen seines

immer auch normativen Gehalts nicht zu gebrauchen, ist auch deshalb keine pragmatische Lösung, weil er in einem großen Forschungsfeld mittlerweile weit verbreitet ist.

Für Pragmatismus auch bei der Definition von (umstrittenen) Begriffen

Wie bei der Begriffswahl ist es auch bei dem Definitionsproblem sinnvoll, einen pragmatischen Zugang zu wählen und über Grundsatzdebatten hinauszukommen. Dazu gehört, nicht das „Wesen“ des zu definierenden Phänomens überzeitlich bestimmen zu wollen, sondern es im Sinne einer handhabbaren Arbeitsdefinition lediglich „einzukreisen“ und Raum für die Erschließung von dahinterliegenden Inhalten zu lassen.

Hilfreich bei den Überlegungen hierzu sind Ludwig Wittgensteins Ausführungen zu „Familienähnlichkeiten“, wie sie etwa bereits auch in der Terrorismusforschung (DAASE 2021) Verwendung gefunden haben. Demzufolge ist es unproblematisch, wenn wir nicht über exakte Definitionen bestimmter Begriffe verfügen, um sinnvoll miteinander kommunizieren zu können: Vielmehr sind die Dinge, die wir mit einem Begriff bezeichnen, einander ähnlich, wie auch die Mitglieder einer Familie sich ähnlich sehen, auch wenn es bei Familien – das Aussehen betreffend – kein eindeutiges Merkmal gibt, etwa das einer gleichen Augen- oder Haarfarbe. Um als Mitglied einer Familie erkannt werden zu können, muss dieses nicht alle Merkmale der anderen Mitglieder aufweisen. Keines der verschiedenen Merkmale ist damit für sich allein genommen ausschlaggebend für die Erkennung der Familienmitgliedschaft – oder in unserem Falle für die Verwendung des Begriffs.

Zur Bestimmung bzw. Definition dessen, was unter „Islamismus“ verstanden werden kann, heißt dies, sich auf eine Reihe von Merkmalen zu verständigen, die jedoch nicht alle vorfindbar oder in vollständiger Ausprägung vorhanden sein müssen, um in konkreten Fällen von „Islamismus“ bzw. „islamistischen Aktivitäten“ sprechen zu können. Die Liste der Merkmale sollte zudem nicht als unveränderlich oder abschließend betrachtet und variabel an unterschiedliche Forschungskontexte angepasst werden können.

Ein Definitionsvorschlag

Wie eine solche Bestimmung der Merkmale aussehen könnte, lässt sich anhand des folgenden Definitionsvorschlags (PFAHL-TRAUGHBER 2011), der weitgehend dem von Armin Pfahl-Traughber folgt, verdeutlichen. Demnach meint „Islamismus“ die (1) Verabsolutierung des Islam als Lebens- und Staatsordnung, wobei (2) nicht die Volkssouveränität, sondern eine vorgegebene göttliche Ordnung als Legitimationsgrundlage dient, ferner (3) zusätzlich eine homogene und identitäre Gesellschaftsordnung angestrebt wird sowie (4) die Durchdringung und Steuerung der Gesellschaft im Namen des Islam. Weitere Merkmale sind (5) die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates sowie (6) potenziell Fanatismus und Gewaltbereitschaft. Liegt auch das zuletzt genannte Merkmal vor und wird ihm besonderes Gewicht beigemessen, kann der Oberbegriff „Islamismus“ durch die Subkategorie „Dschihadismus“ spezifiziert werden.

Eine solche pragmatische Herangehensweise vermeidet immer wieder neue grundsätzliche Auseinandersetzungen um eine Bestimmung des „Wesens“ des gemeinten Phänomens und reicht aus, die wissenschaftliche Arbeit anzuleiten (und auch dafür, in politischen Debatten Orientierung zu bieten). Diskussionen um die historische Verortung und Bedingtheit von Begriffen und ihre Definition, Fragen um ihren möglicherweise exkludierenden oder diskriminierenden Charakter können und müssen geführt werden, aber früher oder später ist eine Verständigung nötig, um mit der Forschung beginnen zu können.

Literatur

- Asseburg, Muriel (2022):** Amnesty International und der Apartheid-Vorwurf gegen Israel. Politische und rechtliche Relevanz. In: SWP-Aktuell, 13, 1-5.
- Abdelkader, Engy (2016):** The Origins, Evolution, and Impact of the term “Radical Islam”. <https://www.law.upenn.edu/live/news/6593-the-origins-evolution-and-impact-of-the-term/news/international-blog>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- BAG RelEx (o.J.):** Gemeinsam gegen religiös begründeten Extremismus. <https://www.bag-relex.de/>.
- BBC (o.J.):** BBC News, Language Used to Describe Hamas in Coverage of the Israel-Gaza Conflict. <https://www.bbc.co.uk/contact/complaint/hamasdescription>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Daase, Christopher (2021):** Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien. Ergebnisse und Probleme sozialwissenschaftlicher Forschung. In: Die Friedens-Warte, 76 (1), 55-79.
- Dorfer, Tobias (2023):** Gauck hält propalästinensische Äußerungen nicht für antisemitisch. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/joachim-gauck-palaestinenser-antisemitismus-interview>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Fouad, Hazim/ Said, Behnam (2020):** Islamismus, Salafismus, Dschihadismus. Hintergründe zur Historie und Begriffsbestimmung. <https://www.bpb.de/themen/infodienst/322920/islamismus-salafismus-dschihadismus/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Pfahl-Traughber, Armin (2011):** Islamismus – Was ist das überhaupt? Definition – Merkmale – Zuordnungen. <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt/>, letzter Zugriff: 21.11.24.

Antimuslimischer Einstellungsrassismus als Faktor rechter Radikalisierung

Gert Pickel (RIRA)

Zum 21. September 2023 kam es zu einem großen Aufschrei in den Medien – mehr als 8% der Deutschen besitzen ein rechtsextremes Weltbild (SEIBEL 2023). So hatte die Mitte-Studie (ZICK, KÜPPER & MOKROS 2023) der Friedrich-Ebert-Stiftung einen beachtlichen Anteil und Anstieg rechtsextremer Einstellungen ermittelt. Begleitet wird dies durch aktuelle Wahlumfragen in Ostdeutschland, die einen Siegeszug der – in Sachsen und Thüringen gerade vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft – AfD prophezeien. Doch wie konnte es zu diesem Erfolg der extremen Rechten kommen? Eine Vermutung ist die extreme Ablehnung muslimischer Migration. Dieser Blogbeitrag beleuchtet, welche Rolle antimuslimische Einstellungen für die Mobilisierung der extremen Rechten spielen.

Betrachtet man rechtsextreme, rechtsradikale und rechtspopulistische Kampagnen, wie sie gerade im Schatten des Terrorangriffes der Hamas und aktueller Migrationsdebatten wieder zunehmen, dann spielt das Feindbild Muslim*in darin eine wichtige Rolle. Immer wieder wird in diesen Kampagnen die drohende „Islamisierung des Abendlandes“ beschworen und ein Einwanderungsstopp für Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit gefordert. Die Ablehnung von Migration ist eine spezifische Ablehnung der Migration aus Ländern mit überwiegend muslimischer Bevölkerung und von Menschen, die für solche gehalten werden. Begründet wird diese Haltung durch Verweise auf einen „dem Islam“ quasi „natürlich“ innewohnenden Antisemitismus und auf Frauenfeindlichkeit. Hinter diesen Anschuldigungen steht der Wunsch nach einer „ethnischen“ Homogenisierung der eigenen Nation und der Konstruktion eines Feindbildes sowie der Mobilisierung von Wählerstimmen und Unterstützer*innen. Denn mit kaum einem anderen Feindbild gelingt eine solche Mobilisierung besser. Immerhin die Hälfte der Deutschen schätzt den Islam als bedrohlich ein, wie die Ergebnisse des RIRA-Projekts und der Bertelsmann Religionsmonitor zeigen (RIRA-RADIKALISIERUNGSSTUDIE 2022, ÖZTÜRK & PICKEL 2024, PICKEL 2019).

Muslim*innen werden über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft als Gruppe kategorisiert, stereotypisiert und abgewertet. Dass gerade Vertreter*innen der extremen Rechten in ihren Einstellungsgerüsten selbst nicht die an Muslim*innen gestellten Erwartungen erfüllen, wird von Mitgliedern der extremen Rechten verleugnet (ÖZTÜRK & PICKEL 2022). Im Gegenteil gelingt es ihnen sogar, antisemitische Positionen mit der Ablehnung von Muslim*innen zu verbinden. So konstruiert die unter Mitgliedern der extremen Rechten in Europa beliebte Verschwörungserzählung des „Großen Austausches“ eine Schimäre, in der Muslim*innen die „Einheimischen“ nach und nach ersetzen würden. Orchestriert würde dieser „Austausch“ von unbekanntem Entitäten, die bei genauerem Blick unschwer als Jüd*innen identifiziert werden können. Antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus greifen in dieser Verschwörungserzählung gut ineinander und markieren die zentralen Feindbilder der extremen Rechten.

Rassismus?

Wenn über Rassismus diskutiert wird, dann kommt in Deutschland schnell der Verweis auf die sogenannte „Rassismuskeule“ oder darauf, dass die Forcierung von antirassistischem Aktivismus doch nur eine Befindlichkeit von Minderheiten wäre. Diese Darstellung steht im kompletten Gegensatz zu vielfältigen Berichten von Alltagsrassismus in Deutschland. Auch wenn man in Einstellungsuntersuchungen schaut, drängt sich der Eindruck auf, dass rassistisch interpretierbare Überzeugungen weit verbreitet sind. Wenn 70% der Deutschen in der RIRA-Studie „den Islam als eine rückständige Religion sehen, die sie als unfähig bezeichnen sich der Gegenwart anzupassen“, so ein Item, dann ist dies

als Hinweis auf Rassismus zu verstehen (RIRA-RADIKALISIERUNGSSTUDIE 2022). Denn es handelt sich bei dieser Aussage um eine faktisch biologistische oder kulturalistische Beschreibung der Unveränderlichkeit von Menschen, also um Rassismus.

Rassismusforscher*innen sind sich weitgehend einig, dass Rassismus eine Ideologie, eine Struktur und ein Prozess ist, mittels dem bestimmte Gruppierungen über tatsächliche oder zugeschriebene biologische bzw. kulturelle Eigenschaften als wesensmäßig andersgeartet und minderwertige „Rasse“ oder ethnische Gruppen eingestuft werden. Rassismus ist damit in der Rassismusforschung heute keineswegs mehr allein auf Schwarze Menschen fokussiert, sondern erfasst alle auf Zuschreibungen kultureller Fremdheit beruhenden Abwertungen. Diese drücken sich in verschiedenen Rassismen aus (antischwarzer Rassismus, antimuslimischer Rassismus, antiasiatischer Rassismus, Antiziganismus...). Von Rassismus betroffene Gruppen sind zudem nicht selten mehrfach diskriminiert, z.B. durch zusätzlichen Sexismus und/oder Klassismus.

Es ist durchaus möglich, über Umfragen Einstellungsrassismus (bzw. Einstellungen, die man als Rassismus interpretieren kann) zu erheben. Die dabei auffindbaren Zahlen sind nicht allein auf einen individualisierten Rassismus beschränkt, sondern können teilweise auch Hinweise auf institutionellen oder strukturellen Rassismus im Sinne von historisch tief verankertem Rassismus in der Gesellschaft geben. Wenn also 70% der Deutschen den Islam pauschalisierend als rückständig ansehen und 75% als „in allen seinen Ausprägungen frauenfeindlich“ (ebd.), überschreitet man die Grenze einfacher Einstellungen genauso wie 28% der Befragten, die Muslim*innen ohne weitere Begründung pauschal die Zuwanderung nach Deutschland verweigern wollen.

Aber Radikalisierung?

Was hat antimuslimischer Rassismus nun mit Radikalisierung zu tun? Es ist offensichtlich, dass die extreme Rechte wie rechtsradikale (auch rechtspopulistisch genannte) Parteien die Ablehnung von Muslim*innen und des Islams sowie den bestehenden antimuslimischen Rassismus in der Bevölkerung aufnehmen und, wenn möglich, durch vielfältige Kampagnen und Medienarbeit für sich mobilisieren und verstärken. Diese Instrumentalisierung ist ein Erfolgsrezept, denn antimuslimische Einstellungen sind in empirischen Analysen der wichtigste Erklärungsfaktor für die Wahl der AfD (PICKEL ET AL. 2023). Da die Mobilisierung teilweise bis in die Mitte der Gesellschaft gelingt, kommt es zu einer nach rechts gerichteten Radikalisierung der Einstellung. Die Radikalisierung der Einstellungen entlang der Ablehnung von Muslim*innen birgt das Risiko einer Zustimmung zu weiteren Themen der extremen Rechten.

Doch nicht nur das: Die Feindbilder „Islam“ und „Muslim*innen“ dienen Mitgliedern rechter Gruppen als Mobilisierungsfaktor hin zur Gewalt. Man müsse sich ja gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ wehren, so die Argumentation. Für Vertreter*innen der extremen Rechten ist es dabei hilfreich, wenn unter Muslim*innen tatsächlich Antisemitismus oder ein sexistisches Rollenverständnis sichtbar wird. So können sie Muslim*innen als Feinde der deutschen Gesellschaft markieren. Und gegen diese sind ihrer Ansicht nach nur die Mitglieder rechter Organisationen verteidigungsbereit, da die Regierung und Politiker*innen der etablierten Parteien in einer Art Komplizenschaft mit den Muslim*innen oder den hinter dem „Großen Austausch“ stehenden Jüd*innen stehen.

Antimuslimischer Einstellungsrassismus wird auf diese Weise zu einem zentralen Faktor rechter Radikalisierung. Es ist nicht der einzige Faktor, aber wenn man statistischen Modellen glaubt, der stärkste (ebd.). Im Sinne einer Radikalisierungsspirale dient er aber auch islamistischen Gruppen zur Mitgliederwerbung, kann man doch auf den rassistischen Westen verweisen und von rassistischer Diskriminierung betroffene muslimische junge Erwachsene Möglichkeiten zum Widerstand anbieten (PICKEL & PICKEL 2023). Entsprechend ist es notwendig, bei allen – vielleicht auch berechtigten –

kritischen Einwänden gegenüber manchen politischen und gesellschaftlichen Positionen muslimischer Mitbürger*innen, darauf zu achten, dass sich der bestehende antimuslimische Rassismus nicht weiter verstärkt. Zuletzt wird ein gegen Muslim*innen gerichtetes Meinungsklima immer der extremen Rechten und den sie vertretenden Parteien zugutekommen. Dies ist im Sinne einer Radikalisierungsspirale gefährlich und verstößt gegen Grundgesetz und Menschenrechte.

Literatur

- Öztürk, Cemal/ Pickel, Gert (2022):** Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim*innen in Deutschland. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 6, 189-231.
- Öztürk, Cemal/ Pickel, Susanne (2024):** Die Gefahr der Co-Radikalisierung: Wie sich Muslimfeindlichkeit und Islamismus in Deutschland wechselseitig bestärken. Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 8 (2).
- Patrick, Seibel (2023):** Immer mehr Rechtsextreme in Deutschland. <https://www.deutschlandfunk.de/rechts-extremismus-mitte-studie-rechtsextrem-weltbild-100.html>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Pickel, Gert (2019):** Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Pickel, Gert/ Schneider, Verena/ Decker, Oliver (2023):** Rechtsextremismus als Endpunkt von Radikalisierung – und Vorurteile in der Bevölkerung als Brückenkonstrukte? In: Pickel, Susanne/ Pickel, Gert/ Decker, Oliver/ Fritsche, Immo/ Kiefer, Michael/ Lütze Frank M./ Spielhaus, Riem/ Uslucan, Haci-Halil (Hg.): Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung. Wiesbaden: Springer VS, 179-216.
- Pickel, Susanne/ Pickel, Gert (2023):** Radikaler Islam vs. Radikaler Anti-Islam: Gesellschaftliche Polarisierung und wahrgenommene Bedrohungen als Triebfaktoren von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen und Post-Adoleszenten. In: Pickel, Susanne/ Pickel, Gert/ Decker, Oliver/ Fritsche, Immo/ Kiefer, Michael/ Lütze Frank M./ Spielhaus, Riem/ Uslucan, Haci-Halil (Hg.): Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung. Wiesbaden: Springer VS, 1-29.
- RIRA-Radikalisierungsstudie (2022):** RIRA-Radikalisierungsstudie des Forschungsprojektes Radikaler Islam - Radikaler Anti-Islam. Duisburg: RIRA.
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Mokros, Nico (2023):** Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: J.H.W. Dietz.

Der islamisierte Antisemitismus: Aufgebauchtes Schreckgespenst oder bagatellisiertes Ressentiment?

Cemal Öztürk, Susanne Pickel und Gert Pickel (RIRA)

Seit den Terroranschlägen vom 7. Oktober 2023 und der anhaltenden Eskalation des Nahostkonfliktes kommt es auf anti-israelischen Demonstrationen wiederholt zu Anzeigen wegen Aufrufen zur Gewalt und Volksverhetzung. Dieser Trend ist bei genauerem Hinsehen gar nicht so neu: Bereits seit längerem gibt es Stimmen, die vor einem islamisierten Antisemitismus in Deutschland warnen. Eine entsprechende gesellschaftliche Debatte gestaltet sich jedoch als schwierig, weil rechte Akteure die Situation nutzen, um Muslim*innen und Geflüchtete unter einen Generalverdacht zu stellen. Der Beitrag beleuchtet die daraus resultierenden verzerrten Kommunikationsbedingungen sowie die Genese des islamisierten Antisemitismus und präsentiert empirische Erkenntnisse über seine Verbreitung und Ursachen.

Es passt nicht so recht zu der vom Außenministerium versprochenen „unverbrüchlichen Solidarität im Kampf gegen die Hamas“, dass seit dem 7. Oktober 2023 weniger israelsolidarische Kundgebungen, sondern pro-palästinensische Demonstrationen das politische Geschehen bestimmen. Dies wäre weniger problematisch, wenn auf diesen Demonstrationen nur eine sachliche Kritik der israelischen Regierung, die Solidarität mit den Palästinenser*innen, das eigene Ohnmachtsgefühl oder die Trauer um die vielen zivilen Opfer des Krieges im Vordergrund gestanden hätten.

Das war jedoch nicht immer und überall der Fall: In Berlin-Neukölln hat die (mittlerweile verbotene) Organisation Samidoun auf den Terrorangriff der Hamas mit Jubelparolen und dem Verteilen von Baklava reagiert (PARTH 2023). Auf den Demonstrationen gibt es wiederholte Anzeigen wegen Volksverhetzung oder Aufrufen zu Straftaten und islamistische Akteure wittern ihre Chance, den Nahostkonflikt für ihre Propaganda zu instrumentalisieren. Die ohnehin prekäre Sicherheitslage für Juden und Jüd*innen in Deutschland verschärft sich (WINKLER 2023). In Berlin flogen Molotow-Cocktails auf eine Synagoge (TAGESSCHAU 2023). Häuser, in denen Juden und Jüd*innen wohnen, wurden mit Davidsternen markiert. Die Eskalationsepisoden des Nahostkonflikts aktivieren offenkundig – und das auch nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 – antisemitische Ressentiments, was radikalisierten Individuen und Gruppen einen Anlass bietet (RICHTER et al. 2021), ihren Hass auf „die Juden“ in Wort und Tat auf die Straße zu tragen.

Diese Gemengelage liefert den Kontext für Stimmen, die vor einer Bagatellisierung des islamisierten Antisemitismus warnen und die Notwendigkeit von differenzierten Analysen über antisemitische Ressentiments unter Muslim*innen betonen. Bedauerlicherweise liefert sie aber auch rechten Akteuren einen Anlass, um Muslim*innen und Geflüchtete unter Generalverdacht zu stellen. Eine entsprechende gesellschaftliche Debatte findet also unter verzerrten Kommunikationsbedingungen statt, da der Antisemitismus in Deutschland gerne als „Problem der Anderen“ thematisiert wird.

Die Diskussion um den „importierten“ Antisemitismus: Nur ein rassistisch motivierter Generalverdacht gegen Muslime?

Vor allem in den Debatten um den „importierten“ Antisemitismus wird der Eindruck erweckt, dass der Hass auf Juden und Jüd*innen durch die Einwanderung von Muslim*innen in eine antisemitismusfreie deutsche Gesellschaft getragen wird. Wie wenig dies mit den gesellschaftlichen Realitäten übereinstimmt, legen die Wiederholungsbefragungen der Leipziger Autoritarismus-Studie (DECKER et al. 2022) schonungslos offen. Tradierte Stereotype über „die Juden“ bestehen in der

post-nationalsozialistischen Gesellschaft fort und weniger tabuisierte Umwegkommunikationen, wie der israelbezogene Antisemitismus und der Schuldabwehrantisemitismus, sind auch in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig. Die Forderungen (SCHLÜNZ 2023) von Markus Söder (CSU) nach mehr Abschiebungen und Entzug des deutschen Passes für antisemitisch auffällig gewordene Personen verdeutlichen indessen, wie selektiv der Antisemitismus in den Reihen von Neuzugewanderten verortet wird.

Aber dabei bleibt es nicht: Der Diskurs über den „importierten Antisemitismus“ wird von Akteuren instrumentalisiert, um sich selbst von Vorwürfen reinzuwaschen und um eigene antimuslimische Positionen zu legitimieren. Insbesondere die Alternative für Deutschland (AfD) nutzt den Diskurs, um den Antisemitismus – der unter ihren Wähler*innen überdurchschnittlich verbreitet ist (BRÄHLER et al. 2020) – auf die Muslim*innen zu projizieren. Diese Instrumentalisierung der anti-antisemitischen Rhetorik ist schnell enttarnt, wenn man sich vergegenwärtigt, dass sich ihr Spitzenpersonal, wenn es nicht gerade vor dem „importierten“ Antisemitismus warnt, für eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ und mehr Stolz auf die „Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ ausspricht. Forderungen, die als NS-Verharmlosung und Schuldabwehrantisemitismus (RENSMANN 2020) auszulegen sind.

Zur Hilflosigkeit im „Kampf gegen den Antisemitismus“ tragen aber auch linke und linksliberale Milieus bei und zwar dann, wenn ihre Kritik an der perfiden Selbsteinwaschung auf Kosten einer Minderheit über das Ziel hinausschießt. Dies geschieht, wenn sie die spezifische Problematik des islamisierten Antisemitismus – etwa mit dem Vorwurf, man würde rassistische Talking Points bedienen – de-thematisieren oder bagatellisieren. Gängig ist hier die Behauptung, dass die Feindschaft gegen Juden und Jüd*innen „nichts mit dem Islam zu tun habe“ und nur an den radikalen Rändern des gewaltbereiten Islamismus zu finden sei (ebd.).

Was man über den islamisierten Antisemitismus wissen sollte

So einfach ist die Sache aber nicht. Der Koran als auch die Hadithe (Aussagen und Handlungen des Propheten Mohammed) enthalten sowohl Aufrufe zur Toleranz gegenüber den „Völkern des Buches“, als auch Passagen, die Juden und Jüd*innen herabwürdigen und Gewalt zur Etablierung muslimischer Dominanz legitimieren. Der politische Aufstieg des Propheten Mohammed basierte auch auf einer Unterwerfung der jüdischen Stämme von Medina. In islamischen Herrschaftsdynastien bedeutete Toleranz gegenüber Angehörigen monotheistischer Religionen nie politische Gleichheit. Jüdische Gemeinschaften genossen zwar staatlichen Schutz (TIBI 2017) durch Zahlung einer Sondersteuer, hatten jedoch eingeschränkten Rechtsstatus und wurden gesellschaftlich geächtet. Der Dhimmi-Status (HARVARD DIVINITY SCHOOL o.J.) bot gewissen Schutz, weshalb das Kalifat der Umayyaden und später das Osmanische Reich Zufluchtsorte für Juden und Jüd*innen wurden, die im „christlichen Abendland“ Pogromen und massiver Verfolgung ausgesetzt waren. Es wäre dennoch unredlich, die Situation jüdischer Minderheiten in islamischen Herrschaftsordnungen zu idealisieren, da selbst das sogenannte „goldene Zeitalter“ in Andalusien nicht frei von Gewaltausbrüchen war (z. B. das Massaker von Granada 1066). Die islamische Welt hat eine eigene Geschichte der Diskriminierung und Gewalt gegen Juden und Jüd*innen, die keinesfalls (JIKELI 2018) erst mit der Gründung Israels begann.

Die Wahrnehmungen der Juden und Jüd*innen haben im 20. Jahrhundert trotzdem einen Wandel erfahren. Die Gründung Israels und insbesondere sein erfolgreicher Widerstand gegen fünf arabische Armeen, die dem jüdischen Staat einen Tag nach seiner Unabhängigkeitserklärung den Krieg erklärten, löste in der arabischen Welt ein Trauma aus. Dieses Ereignis ließ sich mit dem Narrativ der „unterlegenen Juden“ kaum in Einklang bringen und führte zu einer Suche nach simplen Weltdeutungen und Verschwörungsmythen.

In diese Suchbewegung stößt Sayyid Qutb mit seinem Traktat „Unser Kampf mit den Juden“ von 1950 (KIEFER 2013). Das Werk, des damaligen Chefideologen der Muslimbruderschaft konstruierte eine einfache Erzählung, die „die Juden“ für die Missstände in der islamischen Welt verantwortlich machte. Nach Qutb hatten sie sich bereits bei der Ankunft Mohammeds in Medina gegen den Islam verschworen. Dies begründete die Vorstellung von einem ewigen Konflikt zwischen Islam und Judentum, einem kosmischen Kampf zwischen Gut und Böse. „Unser Kampf mit den Juden“ trug maßgeblich zur Popularisierung des Antisemitismus in der islamischen Welt bei und wurde zu einem Schlüsseltext des Islamismus mit praktischen Auswirkungen. Direkte Bezüge zu Qutbs antisemitischem Traktat (TIBI 2017) finden sich in der Charta der Hamas.

Der Terminus „islamisierte Antisemitismus“ erscheint uns in dieser Beschreibung angemessen, da das Metanarrativ von Qutb, in dem „die Juden“ als Urheber sämtlichen Unheils ausgemacht werden, eindeutig vom europäischen Antisemitismus inspiriert ist. Durch instrumentelle Bezugnahmen auf den Koran und die Hadithe verlieh er (KIEFER 2006) den antisemitischen Tropen eine islamische Grundierung. Es dürfte vermutlich nur den wenigsten bekannt sein, dass die Nazis am Export dieser Ideologie beteiligt waren und dass die Muslimbruderschaft seit den 1930er Jahren, auch durch die finanzielle Unterstützung des Dritten Reichs, sukzessive zu einer der einflussreichsten Massenbewegungen der arabischen Welt aufstieg (KÜNTZEL 2020). Ist der „importierte Antisemitismus“ beim genaueren Hinsehen vielleicht ein „re-importierter Antisemitismus“?

Gleichwohl bleibt der Antisemitismus in der islamischen Welt panideologisch anschlussfähig. Die vergangenen Angriffskriege auf Israel gingen auf das Konto von pan-arabischen Nationalisten. Der Hass gegen Juden und Jüd*innen und die Feindschaft gegen Israel kann auch sozialrevolutionär (ARNOLD 2023) motiviert sein. Organisationen wie Samidoun, ideologisch der antiimperialistischen Linken zugehörig, stehen Lenin und Stalin näher als Qutb. Egal aus welchen ideologischen Quellen sich der Antisemitismus im Einzelfall auch speisen mag – die islamische Welt, und speziell arabische Nationen sind, global gesehen (ADL o.J.), die Hochburgen eines jüdenfeindlichen Gesellschaftsklimas. Auch die jüngsten Normalisierungen der Außenbeziehungen zwischen Israel und Teilen der arabischen Welt sind eher ein Elitenprojekt und werden von der Bevölkerung kritisch gesehen. Antisemitismus ist also in der islamischen Welt keinesfalls ein randständiges Phänomen.

Was empirische Befunde darüber verraten, wie dem islamisierten Antisemitismus zu begegnen ist

Dies gilt auch für den deutschen Kontext, stellen Studien doch unisono fest (FISCHER & WETZELS 2023), dass antisemitische Ressentiments unter Muslim*innen im konfessionellen Vergleich höher ausfallen. Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn die verschiedenen Ausprägungen des Antisemitismus in den Blick genommen werden. Es ist der tradierte und vor allem der israelbezogene Antisemitismus, der unter Muslim*innen stärker verbreitet ist als im Mainstream der deutschen Gesellschaft. Um vor dem Hintergrund der verzerrten Kommunikationsbedingungen keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, der tradierte Antisemitismus unter Muslim*innen stellt nicht den Normalfall dar. Erwähnenswert ist, dass es beim Schuldabwehrantisemitismus, der die Handschrift der Mehrheitsgesellschaft trägt, keine signifikanten Unterschiede zwischen Muslim*innen und Nicht-Muslim*innen gibt. Die unter Muslim*innen prävalenteren Dämonisierungen, Delegitimierungen und Doppelstandards gegenüber Israel können problemlos mit den in Deutschland verbreiteten Forderungen nach einem Schlussstrich und der Umkehrung von Täter-Opfer-Rollen verknüpft werden. Alteingesessener und zugewandter Antisemitismus reichen sich gewissermaßen die Hand.

Ähnlichkeiten gibt es bei den Persönlichkeitsmerkmalen, die bei der Formation antisemitischer Ressentiments eine Schlüsselrolle einnehmen. Unter Muslim*innen wie unter Nicht-Muslim*innen lässt sich beobachten, dass autoritäre Charakterstrukturen und eine Verschwörungsmentalität

feindselige Haltungen gegenüber Juden und Jüd*innen begünstigen. Entsprechend kann man Antisemitismus wohl kaum mit Abschiebungen oder dem Entzug von Pässen bekämpfen.

Zudem korrelieren eigene Diskriminierungserfahrungen mit antisemitischen Ressentiments. Entsprechend erweist der in den Debatten um den „importierten Antisemitismus“ mitschwingende Generalverdacht gegen Muslim*innen dem Kampf gegen Antisemitismus einen Bärendienst und droht im schlimmsten Fall zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung zu werden. Wenn Muslim*innen zu dem Eindruck gelangen, dass in Deutschland ein „selektiver Humanismus“ herrscht, bei dem das Leid der Palästinenser*innen weniger Bestürzung hervorruft als das von Menschen in Israel, wird dies nur zu weiteren Marginalisierungserfahrungen führen – und möglicherweise zu mehr Antisemitismus.

Das alles rechtfertigt natürlich keinen Antisemitismus, aber die Marginalisierungserfahrungen spielen den Viktimisierungsdiskursen von islamistischen Gruppen in die Hände – womit wir bei den religiösen Referenzpunkten der Feindschaft gegenüber Juden und Jüd*innen unter Muslim*innen angekommen sind. Ihre Ablehnung gehört in einem Submilieu deutscher Muslim*innen zu einem gemeinschaftsstiftenden Ideologiefragment. Dies trifft aber vor allem auf Muslim*innen zu, die für eine fundamentalistische Auslegung des Islam empfänglich sind, was sicherlich auch daran liegt, dass islamistische Entrepreneure es geschickt verstehen, die Frustration über die Malaise der Eigengruppe auf „die Juden“ zu lenken. Dass entsprechende Gruppen eine erhebliche Verantwortung für die Bedrohungsperzeptionen deutscher Juden und Jüd*innen besitzen, belegt eine Umfrage der European Agency for Fundamental Rights (FRA 2018). Aus Sicht derer, die Diskriminierung erfahren haben, verursachen Muslim*innen mit extremistischen Sichtweisen sogar häufiger Angriffe als Rechtsextremist*innen.

Innenministerin Nancy Faeser betonte auf der letzten Islamkonferenz zu Recht, dass sich Antisemitismus nicht mit anti-muslimischem Rassismus bekämpfen lässt. Diese medientaugliche Formel gilt es aber zu ergänzen: Dem Kampf gegen Antisemitismus ist auch nicht mit einer Bagatellisierung des islamisierten Antisemitismus gedient.

Jedem Antisemitismus die Stirn bieten: Was nun zu tun ist?

Bleibt die wichtigste Frage: Wie kann es nun weiter gehen? Zuallererst ist geboten, die Instrumentalisierung der Gemengelage durch die AfD und ihre Nachahmer zu entlarven und zu kritisieren. Sie treibt die Polarisierung nur weiter voran und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Damit ist es aber nicht getan. Es bedarf einer stärkeren Thematisierung des Nahostkonflikts in Schulen, die so gestaltet sein sollte, dass sie Kinder und Heranwachsende vor den verkürzten Darstellungen von Scharfmacher*innen schützt und zugleich den Ambiguitäten und der Multiperspektivität in einer Einwanderungsgesellschaft gerecht wird.

An den theologischen Fakultäten sollten Forscher*innen unterstützt werden, die eine historisch-kritische Exegese von islamischen Quellen etablieren. Sie können einen wichtigen Beitrag leisten, um theologisch legitimiert antijüdischen Positionen entgegenzuwirken – und ihre Erkenntnisse sollten im islamischen Religionsunterricht behandelt werden. Aber auch in anderen universitären Fächern, sei es in der christlichen Theologie, Religionswissenschaft, Soziologie oder Politikwissenschaft, sollten die Kenntnisse und Diskussionen um und zu Antisemitismus verbessert werden, auch um einen differenzierten Diskurs zwischen Muslim*innen, Anhänger*innen postkolonialer Ansätze und gegen Antisemitismus engagierten Studierenden zu ermöglichen.

Mehr Unterstützung bedarf es auch für einen interreligiösen Dialog, in dem Gemeinsamkeiten statt Unterschiede in den Vordergrund gerückt werden. An islamische Verbände ist der Appell zu richten,

das Thema nicht weiter zu ignorieren. Ferner sollte aber auch die Zusammenarbeit mit Verbänden überdacht werden, die sich nicht glaubhaft von ihren islamistischen und ultranationalistischen Gründungszusammenhängen emanzipiert haben und in einer zu starken Abhängigkeit von autokratischen Regimen stehen. Aber auch das wird nicht reichen: In Zeiten der konkreten Mobilisierung bedarf es eines verstärkten Schutzes von jüdischen Einrichtungen und strafrechtlicher Konsequenzen bei volksverhetzenden Aussagen, Aufrufen zur Gewalt und im Fall einer ideellen und finanziellen Unterstützung von Terrororganisationen.

Literatur

- ADL (o.J.):** The ADL GLOBAL 100. An Index of Antisemitism. <https://global100.adl.org/map/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Arnold, Sina (2023):** Antisemitismus unter Menschen mit Migrationshintergrund und Muslim*innen. Berlin: Mediendienst Integration.
- Fischer, Jannik M.K./ Wetzels, Peter (2023):** Antisemitismus in Deutschland: Notwendige Differenzierungen in der Migrationsgesellschaft. In: Rpsych Rechtspsychologie, 9 (3), 346-383.
- Brähler, Elmar/ Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Schuler, Julia (2020):** Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler_innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf. <https://home.uni-leipzig.de/decker/wahlpraferenz.pdf>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/ Brähler, Elmar (2022):** Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- FRA (2018):** Experiences and Perceptions of Antisemitism - Second Survey on Discrimination and Hate Crime against Jews in the EU. <https://fra.europa.eu/en/publication/2018/experiences-and-perceptions-antisemitism-second-survey-discrimination-and-hate>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Harvard Divinity School (o.J.):** Dhimmi. <https://rpl.hds.harvard.edu/faq/dhimmi>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Jikeli, Günther (2018):** Muslimischer Antisemitismus in Europa. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Forschung. In: Grimm, Marc/ Kahmann, Bodo (Hg.): Antisemitismus im 21. Jahrhundert: Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror. Berlin, Boston: Walter de Gruyter, 113-134.
- Kiefer, Michael (2006):** Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus? In: Die Welt des Islams: International Journal for the Study of Modern Islam, 46 (39), 277-307.
- Kiefer, Michael (2013):** Ma'rakatuna ma'a al-yahud (Sayyid Qutb, 1950). In: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 6. Berlin: Walter de Gruyter, 443-445.
- Küntzel, Matthias (2020):** Islamischer Antisemitismus. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/307771/islamischer-antisemitismus/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- McElligott, Anthony/ Herf, Jeffrey (2017):** Antisemitism Before and Since the Holocaust. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 115-145.
- Parth, Christian (2023):** Sie feiern den Terror der Hamas auf deutschen Straßen. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-10/samidoun-pro-palaestinisische-demos-hamas-israel>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Rensmann, Lars (2020):** Die Mobilisierung des Ressentiments. Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD. In: Heller, Ayline/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag, 309-342.
- Richter, Thomas/ Brettfeld, Katrin/ Greipl, Simon/ Hohner, Julian/ Hunger, Sophia/ Kanol, Eylem/ El Masri, Mirna/ Wetzels, Peter (2021):** Auswirkungen des Gaza-Krieges 2021 auf Deutschland: eine mehrdimensionale Analyse des Radikalisierungsgeschehens. In: Kemmesies, Uwe/ Wetzels, Peter/ Austin, Beatrix/ Büscher, Christian/ Dessecker, Axel/ Grande, Edgar/ Rieger, Diana (2022): MOTRA-Monitor 2021. Wiesbaden: MOTRA.

Schlünz, Anika (2023): Markus Söder: Migranten, die sich nicht integrieren, sollen deutschen Pass abgeben. <https://www.berliner-zeitung.de/news/soeder-migranten-die-sich-nicht-integrieren-sollen-deutschen-pass-abgeben-li.2156032>, letzter Zugriff: 21.11.24.

Tibi, Bassam (2017): Religion, Prejudice and Annihilation. The Case of Traditional Islamic Judeophobia and Its Transformation into the Modern Islamist Antisemitism. In: McElligott, Anthony/Herf, Jeffrey (Hg.): Antisemitism Before and Since the Holocaust. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 115–145.

Tagesschau (2023): Zentralrat der Juden spricht von „Terror“. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/berlin-brandanschlag-juedische-gemeinde-102.html>, letzter Zugriff: 21.11.24.

Winkler, Constantin (2023): Massaker unter Applaus: Antisemitische Reaktionen auf den Terror gegen Israel in Deutschland. <https://blog.prif.org/2023/11/10/massaker-unter-applaus-antisemitische-reaktionen-auf-den-terror-gegen-israel-in-deutschland/>, letzter Zugriff: 21.11.24.

Die Schlüsselrolle der Schulen in der Prävention von islamistischer Radikalisierung

Mehmet Kart, Yannick von Lautz, Eike Bösing und Margit Stein (Distanz)

In Europa ist die Debatte über islamistische Radikalisierung bei jungen Menschen und wirksame Präventionsmaßnahmen in vollem Gange. Dieser Blogbeitrag beleuchtet Herausforderungen und Chancen, denen Schulen im Umgang mit Radikalisierung und Prävention begegnen. Schulen fungieren nicht nur als Bildungseinrichtungen, sondern auch als Sozialisationsinstanzen, in denen Diversität und Toleranz gefördert werden können. Doch sie werden gleichzeitig mit hohen Anforderungen konfrontiert, wenn von ihnen verlangt wird, Anzeichen von Radikalisierung zu erkennen und damit umzugehen. Dieser Beitrag betont die Notwendigkeit eines sensiblen und differenzierten Ansatzes, um Diskriminierung und Ausgrenzung in der Präventionsarbeit zu vermeiden.

In den vergangenen Jahren ist in der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft kontrovers diskutiert (SROWIG et al. 2018) worden, weshalb islamistische Radikalisierung bei jungen Menschen in Europa entsteht und welche Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung Wirkung zeigen. Auf Bundes- und Landesebene wurden zahlreiche präventiv-pädagogische Maßnahmen und Angebote entwickelt und implementiert, um einerseits Radikalisierung bei jungen Menschen zu verhindern und

In der Präventionspraxis hat sich folgende Einteilung von Maßnahmen etabliert:

Primäre/universelle Prävention: Diese Maßnahmen richten sich an alle Mitglieder einer Gruppe, wie Kinder oder Jugendliche, ohne spezifische Radikalisierungsmerkmale. Das Ziel ist es, Persönlichkeitseigenschaften wie Offenheit und Selbstverantwortung zu stärken, um die Resilienz gegen Radikalisierung zu erhöhen. Gleichzeitig soll eine Identifikation mit demokratischen Werten gefördert werden, um grundlegenden Radikalisierungsprozessen vorzubeugen.

Sekundäre/selektive Prävention: Diese konzentriert sich auf bestimmte Zielgruppen mit individuellen, sozialen oder materiellen Risikofaktoren. Maßnahmen können direkt an Risikogruppen oder indirekt an Personen mit Zugang zu diesen Gruppen gerichtet sein, wie Eltern, Lehrkräfte oder Schulsozialarbeitende. Die sekundäre Prävention interveniert bei ersten Anzeichen von Radikalisierung, während die selektive Prävention aufgrund von Grundrisiko und individuellen Faktoren ohne konkrete Anzeichen agiert.

Tertiäre/indizierte Prävention: Diese Maßnahmen richten sich an Menschen, die bereits radikalisiert sind. Das Hauptziel besteht darin, eine Abkehr von Gewaltanwendung und Selbstgefährdung zu erreichen, idealerweise verbunden mit einer ideologischen Abwendung. Die Maßnahmen können direkt durch Austausch, Beratung oder Gruppensitzungen erfolgen oder indirekt über Gatekeeper wie Angehörige, nahestehende Bezugspersonen oder Fachkräfte im Justizvollzug.

andererseits bereits islamistisch radikalisierte Menschen im Abwendungsprozess zu unterstützen und zu begleiten. Einen guten Überblick bietet hier Mapex (o.J.); hier wird eine Landkarte zur Verfügung gestellt, in der interaktiv recherchiert werden kann, wo unterschiedliche Präventionsangebote angesiedelt sind, welche Zielgruppen diese ansprechen und ob es sich eher um eine primäre Prävention für alle oder sekundäre oder tertiäre Präventionsangebote für bestimmte Gruppen handelt. Jüngste Untersuchungen haben gezeigt (VON LAUTZ et al. 2022), dass neben sozialen Gruppen wie Familie und Freunde auch gesellschaftliche Institutionen wie die Schule eine große Rolle in der Prävention vom Islamismus spielen können.

Dieser Blogbeitrag basiert auf einer qualitativen Interviewstudie, in der insgesamt 26 Berater*innen aus dem Bereich der Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit, die bei zivilgesellschaftlichen Trägern oder in

staatlichen Institutionen tätig sind, befragt wurden, sowie auf einer Befragung von Lehrkräften und weiterem pädagogischem Personal an Kölner Schulen.

Die Schule als soziale Instanz zur frühzeitigen Prävention von Radikalisierung

Die Schule spielt eine bedeutende Rolle bei der Integration junger Menschen und ist als wichtiger Akteur der Sozialisierung ein Ort, an dem junge Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und sozialen Hintergründen zusammenkommen. Die Schule hat hier nicht nur anhand ihres „offiziellen“ Auftrages zur Erziehung und Bildung im formellen Kontext eine wichtige Bedeutung. Sie bietet auch Raum für wichtige sozialisatorische Erfahrungen (STEIN & ZIMMER 2022), die etwa durch die informellen Kontakte u.a. mit Peers unterschiedlichster Herkunft in ethnischer, religiöser oder sozialer Hinsicht entstehen. Schule hat hier eine sehr große Bedeutung, da sie als einzige Sozialisationsinstanz verbindlich von allen Kindern und Jugendlichen eines Jahrgangs besucht werden muss und hier die einmalige Chance besteht, dass auch interreligiöse und interethnische Kontakte (ZIMMER & STEIN 2022) und Freundschaften geknüpft werden. Diese tragen nachweislich zu einer Steigerung der Diversitätsakzeptanz und zu Toleranz bei.

In diesem Kontext können Verhaltensweisen auffallen, die mögliche Anzeichen für Radikalisierungsprozesse darstellen können, wie beispielsweise die Ablehnung von demokratischen Normen, die Suche nach einfachen Antworten auf komplexe politische und gesellschaftliche Fragen oder eine Identifikation mit einer extremistischen Gruppe oder Ideologie.

Da die Schule als entscheidende Instanz zur frühzeitigen Prävention von Radikalisierung angesehen wird, wird sie zunehmend aufgefordert, bei der Prävention von islamistischer Radikalisierung mitzuwirken. Durch gezielte Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen sollen Lehrkräfte und pädagogisches Personal befähigt werden, Radikalisierungsprozesse zu verhindern, Anzeichen von Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und adäquat zu intervenieren, bevor sich Radikalisierungsprozesse weiterentwickeln und möglicherweise zu extremistischen Tendenzen führen.

Schulen in der Prävention: Chancen und Herausforderungen

Eine nicht repräsentative Befragung an Kölner Schulen (VON LAUTZ et al. 2022) zeigte, dass fast die Hälfte der befragten Lehrkräfte interreligiöse Konflikte und Herausforderungen im Umgang mit religiösen Praktiken wahrnimmt; etwa ein Drittel berichtet über islamistische Vorfälle und Aussagen von Schüler*innen, die teilweise direkt gegen die Lehrkräfte gerichtet sind. Betroffen sind alle Schularten von der Grundschule bis zu den berufsbildenden Schulen.

Die Ergebnisse der Befragung verdeutlichen, dass Schulen mit vielfältigen interreligiösen Konflikten, Einstellungen und Aussagen konfrontiert sind und die befragten Pädagog*innen Verhaltensweisen und Einstellungen von Schüler*innen oftmals als islamistisch einschätzen. Gleichzeitig sind die Erwartungen an die Schulen, präventiv und intervenierend gegen diese Probleme vorzugehen, mit vielen Herausforderungen verbunden. Einerseits deshalb, da Radikalisierungstendenzen kaum an einzelnen Verhaltensweisen im Schulalltag festzumachen sind. Und andererseits wird provokatives – aber jugendtypisches – Verhalten oftmals dann als radikal eingeschätzt, wenn es von muslimischen Schüler*innen kommt. Zudem gibt es Uneinigkeit darüber, anhand welcher Anzeichen islamistische Tendenzen im schulischen Alltag überhaupt erkannt werden können, insbesondere wenn es keine klare Zuordnung zu einer islamistischen Gruppe gibt. Auch muss dabei die im Grundgesetz festgelegte Religionsfreiheit berücksichtigt werden, unter der eine konservative Religionsauslegung ebenfalls geschützt ist. Deshalb besteht ein großer Unterstützungsbedarf im Umgang mit religiösen Praktiken sowie menschen- und verfassungsfeindlichen Äußerungen, um eine vorschnelle und unpräzise Beurteilung (vermeintlich) islamistischer Radikalisierung zu vermeiden.

Ein repressiver oder alarmistischer Umgang mit (vermeintlichen) Radikalisierungstendenzen kann im Gegenteil Radikalisierungsprozesse erst initiieren oder verstärken. Dies kann beispielsweise dann geschehen, wenn Schüler*innen aufgrund ihrer religiösen oder politischen Einstellungen Stigmatisierung erfahren. Besonders hinsichtlich islamistischer Tendenzen ist es wichtig, nicht zu früh Alarm zu schlagen. Denn in solchen Fällen könnten die Überzeugungen junger Menschen gestärkt werden, wie es ein*e Interviewpartner*in der Distanz-Studie (DISTANZ o.J.) ausdrückte: „Aufgrund meiner Religion [...] fahre ich gerade voll gegen die Wand.“ In solchen Fällen ist oft zu beobachten, dass junge Menschen sich immer stärker der Gruppe zuwenden, die Diskriminierung und Ausgrenzung als Mittel zur Verbreitung ihrer islamistischen Ideologie nutzt.

Die Schule als wichtiger Teil des sozialen Bezugsrahmens hat erheblichen Einfluss auf Abwendungsprozesse. Im schulischen Kontext gibt es viele Möglichkeiten, islamistischer Radikalisierung vorzubeugen, darunter Projekte zur Stärkung demokratischer Kompetenzen und Empowerment sowie Maßnahmen zur Bewältigung von Risikofaktoren und Problemlagen. Darüber hinaus werden Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, berufliche Zukunftsaussichten und Akzeptanz als förderliche Faktoren seitens der Fachkräfte der Präventionspraxis genannt. Dementsprechend gilt es, den jungen Menschen mit Anerkennung zu begegnen und pädagogische Potenziale auszuschöpfen.

Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen im Schul- und Ausbildungssystem wiederum können den Abwendungsprozess hemmen. Insbesondere die Stigmatisierung Betroffener durch frühzeitiges Hinzuziehen von Sicherheitsbehörden gilt als gravierendes Hindernis. Stattdessen empfehlen die Fachkräfte eine diskrete Kontaktaufnahme mit Beratungsstellen und eine wertschätzende Kommunikation.

Fazit & Ausblick: Was kann Schule leisten?

Wie auch die Radikalisierung ist die Abwendung vom Islamismus und deren professionelle Begleitung ein komplexer Prozess, der immer an den individuellen Fall angepasst werden muss. Schulen können durch Stärkung demokratischer Kompetenzen, Förderung von Empowerment und Bereitstellung von Bewältigungsmöglichkeiten eine positive Rolle in der Deradikalisierung und Distanzierung von extremistischen Ideologien spielen.

Entscheidend ist, junge Menschen mit Anerkennung zu behandeln und ihre pädagogischen Potenziale auszuschöpfen. Stark ausgebaut werden sollten alle Angebote, welche insgesamt Toleranz, Demokratie und interreligiöse und interkulturelle Verständigung fördern. Hierzu gehören etwa Programme wie *Compassito* (o.J., Altersstufe 7-13 Jahre) und *Betzavta* (*VIELFALT. MEDIATHEK* o.J., Altersstufe ab ca. 14 Jahre), welche u.a. von der Beratungsstelle *proKids* bei der Arbeit mit Kindern von IS-Rückkehrer*innen eingesetzt werden. Beide Programme bieten handlungsorientierte Ansätze, um zu Themen wie Akzeptanz, Toleranz, Gleichberechtigung und Empathie mit Kindern und Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Ein weiteres Beispiel (Bösing et al. 2023) ist das Programm *CHAMPS* (o.J.), ein hybrides Integrations- und Gleichberechtigungs- sowie Peer-to-Peer Projekt, das Jugendliche zwischen 16 und 26 Jahren zu Multiplikator*innen demokratischer Werte ausbildet. Die Programme bieten die Möglichkeit, dass sich junge Menschen und Pädagog*innen auf Augenhöhe begegnen und lebensweltnah politische und persönliche Fragen besprechen. Als Präventions- und Bildungsmaßnahme adressiert *CHAMPS* sowohl die individuelle Ebene durch Vorurteilsbekämpfung, sozial-kognitive Kompetenzsteigerung und politische Bildung als auch die soziale Ebene durch Gruppenarbeit, Förderung von Teilhabe und das Erleben von Zugehörigkeit. Besonders wertvoll sind dabei die offenen Diskursräume, in denen auch kontroverse Themen in einem geschützten Rahmen bearbeitet werden können.

Kinder und Jugendliche sehen sich mit komplexen Fragen konfrontiert, die von globalen Herausforderungen bis hin zu persönlichen Identitätsfindungen reichen. Die Vielschichtigkeit dieser Themen erfordert nicht nur ein breites Wissen, sondern auch die Fähigkeit, unterschiedliche Sichtweisen zu verstehen und zu schätzen. Gerade in dieser Entwicklungsphase suchen Jugendliche verstärkt nach Orientierung und einem Raum, in dem sie ihre Meinungen ohne Angst vor Beurteilung äußern können. Pädagogische Fachkräfte spielen dabei eine Schlüsselrolle, da sie nicht nur als Wissensvermittler*innen fungieren, sondern auch als Begleiter*innen, die Schüler*innen auf ihrem Weg unterstützen.

Die Wertschätzung unterschiedlicher Perspektiven in der Schule ist nicht nur für das individuelle Wohlbefinden der Schüler*innen von Bedeutung, sondern hat auch präventive Aspekte. Eine offene Kommunikation ermöglicht es, potenziellen Konflikten vorzubeugen, da Schüler*innen lernen, ihre Meinungen auf respektvolle Weise zu artikulieren und gleichzeitig die Standpunkte ihrer Mitmenschen zu akzeptieren. Dies trägt maßgeblich zum Aufbau eines integrativen Lernraums bei, der nicht nur persönliche Entfaltung fördert, sondern auch die Sensibilität für gesellschaftliche Vielfalt stärkt.

Die Schaffung eines unterstützenden Umfelds, in dem alternative Narrative Platz finden und durch pädagogische Fachkräfte respektvoll behandelt werden, ist entscheidend für die ganzheitliche Entwicklung der Schüler*innen. Ein solches Umfeld trägt nicht nur dazu bei, potenziellen Konflikten vorzubeugen, sondern fördert auch eine positive Identitätsentwicklung, die den Kindern und Jugendlichen ermöglicht, selbstbewusst und reflektiert ihre Zukunft zu gestalten.

Literatur

Bösing, Eike/ von Lautz, Yannick/ Stein, Margit/ Kart, Mehmet (2023): Möglichkeiten der Prävention islamistischer Radikalisierung bei Jugendlichen. Ausgewählte Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts CHAMPS. In: Marks, Erich/ Heinzlmann, Claudia/ Wollinger, Gina Rosa (Hg.): Kinder im Fokus der Prävention. Ausgewählte Beiträge des 27. Deutschen Präventionstages. Forum Verlag Godesberg, 497-507.

Compasito (o.J.): Compasito – Menschenrechtsbildung für Kinder. <https://www.compasito-zmrb.ch/>, letzter Zugriff: 21.11.24.

CHAMPS (o.J.): CHAMPS. <https://champs-projekt.de/>, letzter Zugriff: 21.11.24.

Distanz (o.J.): Distanz: „Strukturelle Ursachen der Annäherung an und Distanzierung von islamistischer Radikalisierung - Entwicklung präventiv-pädagogischer Beratungsansätze“. <https://www.forschungsverbund-deradikalisierung.de/projekt-distanz-1>, letzter Zugriff: 21.11.24.

MAPEX (o.J.): Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung. <https://www.mapex-projekt.de/>, letzter Zugriff: 21.11.24.

Srowig, Fabian/ Roth, Viktoria/ Pisoiu, Daniela/ Seewald, Katharina/ Zick, Andreas (2018): Radikalisierung von Individuen: ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze. PRIF Report 6/2018, Frankfurt/M.

Stein, Margit/ Zimmer, Veronika (2022): Interethnische Freundschaftsbeziehungen im schulischen Kontext aus Sicht der Lehrkräfte. In: Zeitschrift für Schul- und Professionsentwicklung (PFLB), 4 (5), 152-169.

Vielfalt. Mediathek (o.J.): Betzavta / Miteinander. <https://www.vielfalt-mediathek.de/betzavta-miteinander>, letzter Zugriff: 21.11.24.

Von Lautz, Yannick/ Bösing, Eike/ Stein, Margit/ Kart, Mehmet (2022): Die Bedeutung der Schule für die Prävention von islamistischer Radikalisierung und Deradikalisierung. <https://www.bpb.de/themen/info-dienst/515495/die-bedeutung-der-schule-fuer-die-praevention-von-islamistischer-radikalisierung-und-deradikalisierung/>, letzter Zugriff: 21.11.24.

Zimmer, Veronika/Stein, Margit (2022): Akzeptanz gesellschaftlicher Diversität durch junge Muslim*innen und Christ*innen in Abhängigkeit der Stärke der Religiosität und interreligiöser Kontakte. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 6 (2), 399-429.

Jugend in der Krise – Überforderung, Bewältigung und Radikalisierungspotenziale

Hannah Hoffmann, Kim Hesch, Johanna Niendorf, Kazim Celik und Fabian Hess (RIRA)

Jugendliche stehen in dem Ruf, besonders radikal zu sein. Medial erregt derzeit die Studie „Jugend in Deutschland“ (WUNDERSEE 2024) Aufmerksamkeit, in der sich ein Rechtsruck junger Menschen ablesen lässt. Auch die Debatten um „Krawallnächte“ (HARTWIG 2021), in denen Jugendliche sich zu Hochzeiten der COVID-19 Pandemie eskalative Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten oder Diskurse (VAN LAAK 2018) über Jugendliche, die ins Ausland reisen, um sich der Terrormiliz „Islamischer Staat“ anzuschließen, prägen das Bild einer „radikalen“ Adoleszenz. In diesem Beitrag zeichnen wir eine doppelte Belastung aus den allgemeinen Herausforderungen des Heranwachsens und den spezifischen gesellschaftlichen Spannungen für Jugendliche nach. Wir erläutern, inwieweit sich aus dieser Doppelbelastung Radikalisierungspotenziale ergeben.

Im Folgenden illustrieren wir die These, dass die Phase der Adoleszenz insbesondere unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen besonders krisenhaft und damit auch besonders anfällig für Radikalisierungsprozesse ist. Zwar beinhaltet die Adoleszenz per Definition bestimmte Entwicklungsaufgaben, die auch als persönliche Krisen erlebt werden können. Dennoch ist die Phase immer

Krisen

Der Begriff „Krise“ kann als eine zeitlich begrenzte und nicht intendierte Abweichung vom Normalzustand verstanden werden. Dabei wird der Begriff in diesem Beitrag sowohl für die Beschreibung gesamtgesellschaftlicher Phänomene genutzt (z.B. Coronakrise) als auch in seiner psychologischen Bedeutung als Beschreibung eines innerpsychischen Erlebens (ERIKSON 2003). Eine psychische Krise zeichnet sich durch ein anhaltendes Gefühl der Überforderung durch erhöhte Anforderungen aus, für welche die eigenen Bewältigungsressourcen nicht auszureichen scheinen. Aufgrund der Wahrnehmung mangelnder Bewältigungskompetenz werden Anforderungen als bedrohlich statt herausfordernd erlebt. Die Quellen dieser wahrgenommenen Überforderung können in den gesellschaftlichen Dynamiken (z.B. politische Polarisierung), dem direkten Umfeld (z.B. Veränderung der Familienbeziehung) oder auch in der Person selbst liegen (z.B. Ansprüche an die eigene Leistungsfähigkeit). Wichtig ist jedoch, dass sich diese Ebenen in ständiger Wechselwirkung befinden, da sich gesellschaftliche und individuelle Krisen überlagern.

auch von den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen geprägt, wodurch sich das Krisenerleben auf Entwicklungs- und Gesellschaftsebene wechselseitig verstärken kann.

Wir unterstreichen unsere Kerngedanken mit exemplarischen Äußerungen aus sechs Gruppendiskussionen, die wir im Zeitraum von März 2022 bis Oktober 2023 mit jungen Erwachsenen zwischen 18 und 21 Jahren geführt haben. Beispielhaft nennen wir Bewältigungsversuche der jungen Erwachsenen im Umgang mit Problemlagen und zeigen mögliche Radikalisierungspotenziale in diesen Bewältigungsversuchen auf. Diese Studie fand im Rahmen des interdisziplinären Forschungsprojekts „RIRA - Radikaler Islam versus Radikaler Anti-Islam“ (RIRA o.J.) statt, welches die Auswirkungen gesellschaftlicher Polarisierung und wahrgenommener Bedrohungen auf Radikalisierungsprozesse untersucht.

Die Radikalisierungsspirale

Radikalisierungsprozesse gehen mit einer zunehmenden Abschottung der eigenen Position gegenüber den Normen des gesamtgesellschaftlichen Diskurses und der zunehmenden Hinwendung zu den Normen der eigenen Gruppe einher (SCHNEIDER ET AL. 2020). Da Gruppen die Funktion haben, eine Ressource der Krisenbewältigung zu sein, wird die Tendenz der Gruppenbindung insbesondere

dann verstärkt, wenn der wahrgenommene Druck durch Krisen ansteigt und für Einzelpersonen überwältigende Formen annimmt. In den letzten Jahren hat sich in Deutschland gesamtgesellschaftlich eine vertiefte Distanz zwischen verschiedenen sozialen Gruppen manifestiert, die sich zunehmend voneinander abgrenzen (DECKER 2022). Diese wachsende Polarisierung spiegelt sich in den Diskurslinien entlang multipler Krisen und Konflikte (z.B. Coronakrise, Klimakrise, Kriege, Inflation)

Radikalisierung – ein umkämpfter Begriff

„Radikalisierung“ beschreibt einen Prozess, in dem radikale Positionen entwickelt werden. Auch wenn innerhalb der wissenschaftlichen Debatte nach wie vor kein Konsens (SEGWICK 2010) darüber besteht, was mit dem Begriff des „Radikalen“ genau gemeint ist, so kann doch festgehalten werden, dass es eine Gegenkategorie zum Normalen, Moderaten oder (in manchen Fällen auch) Legalen darstellt. Die Bestimmung des Radikalen bzw. der Radikalisierung ist damit eine normative Frage und setzt eine Normalitätsvorstellung als Referenzpunkt voraus, von dem aus dann der Grad der Abweichung (d.h. der Radikalität) (KRUGLANSKI et al. 2014) bestimmt werden kann. Normalitätsvorstellungen sowie Vorstellungen von hinreichender Abweichung variieren und sind immer auch das Ergebnis sozialer Aushandlungsprozesse. In liberalen Demokratien werden etwa die Beteiligung am gewaltlosen demokratischen Prozess und Toleranz gegenüber Andersdenkenden und -gläubigen als Normen gesetzt und hinreichende Abweichungen von diesen Normen folglich als „radikal“ definiert.

wider, die oft als unversöhnlich wahrgenommen und von dem Gefühl begleitet werden, von der jeweiligen Gegengruppe bedroht zu sein. Vorurteile werden verstärkt und die Gräben vertieft. Insbesondere die (gefühlte) Bedrohung durch den „radikalen Islam“ schafft eine Plattform für einen Prozess potenzieller Radikalisierung in der deutschen Gesellschaft, der sich spiralförmig abzeichnet. Je radikaler eine Gruppe (z.B. Islamisten) zu werden scheint, desto bedrohlicher wirkt sie auf andere Gruppen, die sich in Reaktion auf die bedrohliche Gruppe ebenfalls radikalieren können. Auf diese Weise kann ein Teufelskreis der Radikalisierung und Gegenradikalisierung („Co-Radikalisierung“ (PICKEL et al. 2023)) entstehen. Jugendliche sind besonders anfällig, in die Radikalisierungsspirale hineingezogen zu werden, da sie sich in einer Lebensphase befinden, die ohnehin anfällig für Krisenerleben (SCHNETZER 2024) ist.

Krise als Grundton der Jugend?

Die Jugend ist eine Phase rasanter körperlicher und mentaler Umbrüche. Der Übergang zwischen Kindheit und Erwachsenenalter zeichnet sich durch verschiedene Einschnitte und Veränderungen im Leben von Jugendlichen aus. In unseren Gruppendiskussionen stehen dabei häufig Schwierigkeiten im Übergang von der Schule in die Ausbildung, das Studium und das Arbeitsleben im Fokus. Die schier unüberschaubare Menge an Optionen, die den jungen Erwachsenen zur Verfügung steht, wird einerseits als Chance, andererseits als Überforderung empfunden. Der gefühlte Druck, die möglichst optimale Wahl zur Selbstverwirklichung und Zukunftssicherung zu treffen, ist hoch. Ein Teilnehmer einer Gruppendiskussion beschreibt die damit einhergehende Gleichzeitigkeit von Freiheit und Orientierungslosigkeit folgendermaßen:

„Wo wir unseren Abschluss alle gemacht hatten, da wurde man irgendwie glücklicherweise in irgendeine freie Welt reingeschmissen, wo man nicht wirklich wusste, wo vorne und hinten ist und wo man anfangen soll.“

Gleichzeitig findet in der Adoleszenz auch ein Ablösungsprozess vom Elternhaus statt. Da sich die Jugendlichen zunehmend neue und eigene Räume erschließen, erscheint es in geringerem Maße als richtungsweisende Instanz und schutzgebender Rückzugsort. In den neu erschlossenen Räumen können die Eltern auch deshalb kaum Orientierung anbieten, da die Jugendlichen durch sich rasant verändernde gesellschaftliche Bedingungen, z.B. fortschreitende Digitalisierung und die wachsende Bedeutung von sozialen Medien, eine andere Lebensweise erwartet als die der Eltern. Das kann Unsicherheitsgefühle beim Erwachsenwerden weiter verstärken.

Aktuelle gesellschaftliche Krisen

Zusätzlich zu dem Krisenerleben, welches sich aus der Entwicklungsaufgabe des Erwachsenwerdens ergibt, zeigte sich in unseren Gruppendiskussionen die große Relevanz aktueller Krisenereignisse (RAVENS-SIEBERER et al. 2021) im (medial vermittelten) Weltgeschehen. Im Erhebungszeitraum wurden besonders häufig die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine thematisiert. Diese globalen Erschütterungen werden als konkrete und unmittelbar einschneidende Belastungen des eigenen Lebens benannt. Internationale Krisen scheinen ungebremst bzw. ungefiltert in die eigene Lebenswelt und die persönliche Lebensgestaltung der Jugendlichen hineinzuwirken. Dadurch wird die Planbarkeit, Vorhersehbarkeit und Gestaltbarkeit einer ohnehin herausfordernden Übergangphase erschwert, was als Kontrollverlust erlebt werden kann:

„ Es ist halt sehr viel Unsicherheit, die einem so unmittelbar bevorschwebt, also generell so'n bisschen so durchs jetzt Leben zu kommen, ohne direkt diesen Plan zu haben, weil der Plan könnte scheitern, wenn du dir vornimmst, okay, ich mach jetzt diesen Job und dann ist man darauf irgendwie vorbereitet und dann kommt zum Beispiel die Pandemie.

Versuche der Bewältigung des Krisenerlebens

Der Druck, aus den gesellschaftlichen Freiräumen das Beste zu machen, die richtigen Entscheidungen zu treffen und das eigene Leben bestmöglich zu gestalten, löst bei Adoleszenten bedrohliche Gefühle der Unsicherheit und des Kontrollverlustes aus. Dies wird durch die konkrete Krisenerfahrung weiter verstärkt. Beim Versuch, diese bedrohlichen Gefühle zu bewältigen, greifen die Teilnehmer*innen unserer Gruppendiskussionen auf unterschiedliche bewusste und unbewusste Strategien zurück, auf die wir im Folgenden kurz eingehen.

Sehnsucht nach einem Kollektiv

Ein Motiv, das sich in unserer Analyse besonders herauskristallisierte, ist der Wunsch nach Gemeinschaft und Zusammenhalt. In diesem Wunsch nach Zugehörigkeit zu positiven und stark erlebten Kollektiven drückt sich auch das Bedürfnis nach Nähe, Selbstwert, Sicherheit und Handlungsfähigkeit aus. Krisenzeiten können diese Sehnsucht noch verstärken. Deutlich wird dies etwa, wenn ein Teilnehmer die Proteste gegen die Rentenreform in Frankreich mit der deutschen Protestkultur vergleicht:

„ Wenn du das mit Deutschland vergleichst, ich weiß nicht - das so'n Mentalitätsunterschied, so in den letzten Jahren diese Proteste, also da werden Entscheidungen getroffen und das wird irgendwie alles so runtergeschluckt, aber ich finde, dass es in Deutschland wenig Protestkultur gibt in größerem Umfang. Da [in Frankreich] vereinen sich die Leute in allen Lagern, egal ob links, rechts irgendwas und die protestieren einfach gemeinsam, weil sie ein Problem mit einer Sache ham.

Die Sehnsucht nach einem geeinten Kollektiv, welches sich gegen ungerechte Zustände effektiv zur Wehr setzt, steht dem Eindruck von zunehmender Vereinzelung, Isolation und fehlender gegenseitiger Unterstützung entgegen.

Rückzug oder „nach innen gerichtete Bewältigung“

Eine häufig genannte Reaktionsweise im Umgang mit unangenehmen, bedrohlichen Gefühlen ist der soziale und mediale Rückzug und das Meiden von Reizen und Informationen, die diese Gefühle wieder auslösen könnten. Beispielsweise berichtet eine Teilnehmerin, dass sie sich aufgrund der vielen negativen Nachrichten mittlerweile kaum noch mit dem Ukrainekrieg beschäftigt:

„ Mich macht das halt extrem traurig, wenn ich sowas lese und ich denk' mir, ich kann ja auch nicht helfen, was soll ich denn machen, also man fühlt sich halt einfach hilflos und deswegen beschäftige ich mich auch nicht mehr so viel damit.

Rückzug und Abschottung in Folge von Ohnmachts- und Überforderungsgefühlen wird von unterschiedlichen Teilnehmer*innen im Kontext verschiedener gesellschaftlicher Krisenphänomene berichtet.

Die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Weltgeschehen wird wiederholt als unlösbare Aufgabe und Bedrohung der eigenen psychischen Gesundheit geschildert. Anstatt das innere Unbehagen proaktiv durch Handlungen und Veränderungen in der äußeren Welt zu reduzieren, entziehen sich einige Jugendliche den negativen Reizen und schotten sich von den bedrohlich erlebten Aspekten der äußeren Realität ab.

Auseinandersetzung oder „nach außen gerichtete Bewältigung“

Dem entgegengesetzt stehen „nach außen gerichtete Bewältigungsstrategien“, welche die Auseinandersetzung mit den wahrgenommenen Problemlagen intensivieren, um mögliche Lösungswege zu entwickeln. So werden in einer Gruppendiskussion politische Lösungsansätze für verschiedene Problemlagen diskutiert, darunter gesetzlich geregelte Strafen bei ausbleibender Zivilcourage oder ein Tempolimit auf Autobahnen gegen hohen Schadstoffausstoß durch Autofahrer*innen. Dabei imaginieren sich die Teilnehmer*innen in die Position von machtvollen Entscheidungsträger*innen und haben stellenweise große Freude daran, neue Regeln und dazugehörige Strafen zu diskutieren:

„ Wenn man zehn über hundertdreißig ist, muss man richtig Batzen Geld zahlen, wirklich richtig viel.

An der gegenwärtigen politischen Problembearbeitung wird dagegen häufig Kritik geäußert. So zeigt sich eine Teilnehmerin frustriert darüber, dass durch ständige Aushandlung und Kompromissbildung zwischen den Regierungsparteien zu wenig von den ursprünglichen Vorsätzen übrigbliebe. Auf diese Weise, so die Teilnehmerin, werde man Krisensituationen mit hohem Handlungsdruck, wie dem Klimawandel, nicht gerecht.

Krisen und Radikalisierungspotenziale

Wir haben beispielhaft einige Formen des Umgangs mit Ohnmacht, Unsicherheit und dem Gefühl des Kontrollverlustes in der krisenhaften Phase der gegenwärtigen Adoleszenz aufgezeigt. Inwieweit zeigt sich darin ein Radikalisierungspotenzial? Eindeutige Belege für eine beginnende Radikalisierung lassen sich in unseren Gruppendiskussionen nicht finden, wenn wir die Normen liberaler Demokratien als Maßstab anlegen. Dennoch lohnt es sich, sowohl den Wunsch nach einem starken Kollektiv, die imaginierte Bestrafung von „Regelbrechern“, die Sehnsucht nach effektiverem Regieren, aber auch die Abschottung und den Rückzug in eine eigene, überschaubare Welt als mögliche Potenziale von Radikalisierung zu diskutieren. Zwar können die zugrundeliegenden Bedürfnisse auch zu einem gewissen Grad im Rahmen wahrgenommener Normen und Normalitätsvorstellungen des gesellschaftlichen Mainstreams ausagiert werden und dann, aus Sicht dieses Mainstreams, als nicht radikalisiert gelten. Aber auch radikale Gruppen können an diese und ähnliche Bedürfnisse (z.B. nach mehr Bestätigung, mehr Gewissheit und mehr Kontrolle) andocken. Gleichzeitig sollte der Blick immer auch auf „das Normale“ gerichtet werden, das unter krisenhaften gesellschaftlichen Bedingungen einen moderaten Kurs verlassen kann und sich damit – wenn Radikalisierung nicht nur als Abweichung der Mehrheit, sondern auch als Abweichung vom Moderaten verstanden wird – radikalisiert.

Wie radikal darf oder soll Jugend sein?

Die Suche nach Bewältigungsformen für das in diesem Beitrag nachgezeichnete Krisenerleben kann mit einer Infragestellung gesellschaftlicher Normen und demokratischer Aushandlungsprozesse einhergehen, insbesondere wenn diese als nicht zielführend erscheinen und wenn aus der individuellen Ohnmacht in der Hinwendung zu Gruppen mit klaren Feindbildern ein Gefühl der Ermächtigung erwächst – ein Versprechen, das besonders durch rechte und islamistische Gruppen artikuliert wird. Insofern sehen wir in den hier aufgezeigten Bewältigungsstrategien von Jugendlichen im Umgang mit alterstypischen, aber auch gesellschaftlichen Krisen durchaus Anknüpfungspunkte für Radikalisierungsprozesse. Gleichzeitig müssen gesellschaftliche Normen immer wieder demokratisch ausgehandelt und hinterfragt werden. Demokratisierung sollte ein Prozess der offenen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Konflikten und unterschiedlichen Interessen sein. In diesem Sinne lässt sich Radikalisierung (KEMMESIES et al. 2022) auch als ein Ausdruck der mangelhaften Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte begreifen. Sie verweist auf die Defizite der Normalität. Das führt zu der Frage, ob es nicht an manchen Stellen tatsächlich eine Bereitschaft zu radikalen Veränderungen braucht („radikal“ hier verstanden als Veränderungen der Normalität mit demokratischen Mitteln), um den Krisenlagen der Welt angemessen und aktiv zu begegnen, und welche gesellschaftlichen und individuellen Voraussetzungen Jugendliche dafür brauchen, dass diese Bereitschaft nicht mit Abschottung und Feindbildkonstruktion einhergeht.

Literatur

- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/ Brähler, Elmar (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Erikson, Erik H. (2003): Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Hartwig, Kai (2021): Krawall-Nacht in Stuttgart - Corona-Einsatz der Polizei eskaliert. <https://www.merkur.de/welt/stuttgart-corona-polizei-jugendliche-krawall-alkohol-flaschenwurf-randale-90780761.html>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Kemmesies, Uwe/ Wetzels, Peter/ Austin, Beatrix/ Büscher, Christian/ Dessecker, Axel/ Grande, Edgar/ Rieger, Diana (2022): MOTRA-Monitor 2021. Wiesbaden: MOTRA.
- Kruglanski, Arie W./ Gelfand, Michele J./ Bélanger, Jocelyn J./ Sheveland, Anna/ Hetiarachchi, Malkanthi/ Gunaratna, Rohan (2014): The Psychology of Radicalization and Deradicalization: How Significance Quest Impacts Violent Extremism. In: *Advances in Political Psychology*, 35 (1), 69-93.
- Pickel, Susanne/ Pickel, Gert/ Decker, Oliver/ Fritsche, Immo/ Kiefer, Michael/ Lütze, Frank M./ Spielhaus, Riem/ Uslucan, Haci-Halil (2023): Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung. Wiesbaden: Springer VS.
- Ravens-Sieberer, Ulrike/ Kaman, Anne/ Erhart, Michael/ Devine, Janine/ Schlack, Robert/ Otto Christiane (2021): Impact of the COVID-19 Pandemic on Quality of Life and Mental Health in Children and Adolescents in Germany. In: *European Child & Adolescent Psychiatry*, 31 (6), 879-889.
- RIRA (o.J.): Radikaler Islam versus radikaler Anti-Islam. <https://www.radis-forschung.de/projekte/rira>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Schneider, Verena/ Pickel, Susanne/ Pickel, Gert (2020): Gesellschaftliche Integration, Radikalisierung und Co-Radikalisierung. In: Pickel, Gert/ Decker, Oliver/ Kailitz, Steffen/ Röder, Antje/ Schulze Wessel, Julia (Hg.): *Handbuch Integration*. Wiesbaden: Springer VS, 1-13.
- Schnetzler, Simon (2024): Neue Trendstudie „Jugend in Deutschland 2024“: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber. Pressekonferenz und Veröffentlichung der Trendstudie. <https://simon-schnetzler.com/blog/jugend-in-deutschland-2024-veroeffentlichung-der-trendstudie/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Sedgwick, Mark (2010): The Concept of Radicalization as a Source of Confusion. In: *Terrorism and Political Violence*, 22 (4), 479-494.
- Van Laak, Claudia (2018): Dschihadismus und Jugendliche. Wenn die eigenen Kinder für den IS kämpfen.

<https://www.deutschlandfunk.de/dschihadismus-und-jugendliche-wenn-die-eigenen-kinder-fuer-100.html>, letzter Zugriff: 21.11.24.

Wundersee, Philipp (2024): So pessimistisch wie noch nie. Studie „Jugend in Deutschland“. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/studie-jugend-100.html>, letzter Zugriff: 21.11.24.

How can research on topics surrounding radicalization, extremism, and terrorism be safe and socially sustainable?

Reem Ahmed, Mona Klöckner und Manjana Sold (KURI)

Research on extremism and related phenomena such as radicalization or terrorism is emotionally demanding and can even become dangerous, in part because it frequently means engaging with intense, and at times violent, societal conflict. The most recent escalation in the Israel-Palestine conflict is a poignant example of this, in which researchers specialized in antisemitism, Islamophobia, or Islamist and right-wing extremism are expected to keep up with fast-paced developments while simultaneously navigating the emotional impact of unfolding violence. This blog post highlights the difficulties researchers face in this field and proposes suggestions for addressing these challenges at the institutional and structural levels.

Adhering to ethical standards and ensuring the safety of both researchers and participants are integral parts of social science research. Though many of the challenges and issues involved are not necessarily unique (NICHOLLS et al. 2022) to those who study extremism and related phenomena, there are a number of particularities in this area of study. For instance, researching radicalized movements and individuals often entails direct or indirect engagement with their misanthropic beliefs. This may include monitoring online (SCRIVENS 2022) or offline activities, or interviewing (HORGAN 2011) extremist groups and individuals.

Given the proliferation of extremist and violent content online and the growing prevalence of extremist activities in the digital space, the internet has become the primary “field” (CONWAY 2021) for many researchers in this area (MATTHEIS 2023). In this context, researchers encounter fewer obstacles regarding data collection compared to traditional fieldwork or approaching interviewees. Nevertheless, the shift to online research only intensifies the broader concern that frequent exposure to violent discourses, materials, and imagery (WINTER 2019) can have serious mental health impacts (APA 2023) on researchers. What is more, much of this content and activity occurs behind closed doors (for instance, in private online communities) and has, at the same time, considerable policy and security relevance. Consequently, researchers who have established access to or contact with extremist communities, both online and offline, bear social responsibility in two ways. Firstly, acknowledging the need to report accurately on emerging developments and trends while also preventing the spread and reproduction of content that could perpetuate violence and extremist narratives. Secondly, being mindful of the securitized and politicized (MIETKE et al. 2023) nature of their work.

Maintaining continuity in research, such that researchers can continue working on topics for longer periods of time, is vital to create and contextualize reliable new knowledge. In order to achieve such social sustainability within the research community on extremism and terrorism, it is essential that research is conducted in a manner that prioritizes the safety of all parties involved, to make sure it does not, by design, lead to burnout or other reasons for dropping out (UNIVERSITY OF NEBRASKA OMAHA O.J.). This includes not only the physical and psychological well-being of the researcher, but also that of the research subjects as well as third parties, such as affiliates or other societal groups involved in the topic at hand. While general ethical standards such as “do no harm” provide useful orientation, they may not be sufficient (BAELE et al. 2018) in multilateral contexts (CONWAY 2021) that can involve multiple researchers, communities of interest, and other stakeholders. Therefore, it is important to consider how support can be institutionalized to ensure the sustainability of such research.

Harms and Researcher Positionality

In their study on the experiences of researchers in the field, Pearson et al. (2023) identified three types of harms experienced by individuals working on topics of extremism and terrorism: external, internal, and professional harms. External harms refer to security threats, including direct physical threats, online harassment (MARWICK et al. 2016) and doxxing (maliciously publishing personal information online, VOX-POL 2023). Internal harms are psychological strains related to such work, due, on the one hand, to experience with or fear of these external threats, or secondary trauma (LAKOMY & BOZEK 2023) experienced through viewing and monitoring extremist content and communities. These harms can contribute to professional challenges, such as the inability or unwillingness to continue working on certain topics due to harassment, trolling, or trauma.

The challenges and pressures associated with this research can weigh more heavily for some than for others. For instance, researchers who face discrimination based upon their race, gender identity, sexual orientation, religious affiliation, or an intersection of these attributes, often experience not only the burden of such discrimination but also unique difficulties (CRIEZIS 2022), such as less employment security and more difficulties in accessing support. In extreme cases, these disparities can lead to disadvantaged colleagues being pushed out of this field of work, thereby perpetuating inequality.

Furthermore, one's own approach to research can have an impact. Particularly when conducting research that has the potential to influence policy, researchers have an additional responsibility to conduct thorough, evidence-based work that highlights important societal problems, while also being mindful (MILLS et al. 2019) of the dominant narratives present in discourses on extremism and radicalization. The extent to which researchers engage with this reality can have significant real-world implications for different communities, both positive and negative. The political struggles that researchers work on, after all, are shaped by existing power dynamics in society (MIETKE et al. 2023), which also determine which research is most likely to resonate with different political stakeholders.

Challenges Throughout the Research Process

Researchers face challenges at every stage of their work, from planning and conducting their research to publishing and beyond. These challenges can even prevent certain research endeavors from happening altogether, if researchers feel discouraged from pursuing certain questions due to safety concerns, or if these concerns affect whether or not a project receives institutional support.

If a project launches, each research question and method can then bring its own set of challenges. Interviewing research subjects can be emotionally taxing, and researchers may face the risk of being provoked, attacked, or threatened by interviewees for who they are or their life choices. For example, female-presenting researchers working on the far-right may more carefully consider how to behave around research subjects who are known to hold strong views on gender roles. This again touches upon the issue of researcher positionality (MATTHEIS 2023) whereby a researcher's own values and beliefs inevitably intersect with their work. Researchers often feel the need to establish rapport with their subjects while simultaneously grappling with their own political and normative stances and how these may impact their insights.

Researchers who monitor online communities often come across propaganda or other content that contains or glorifies gruesome violence. While monitoring forums or comment sections, they may also encounter offensive content that could affect them personally. Though online work may technically offer the possibility of increased anonymity, it should be carefully considered when and where this is a justifiable or even helpful measure for engaging with subjects, as part of a larger set of

considerations on data sensitivity (JUNK & SOLD 2021).

When publishing research, researchers need not only consider the upsides of visibility for their career as a public voice on the topic, but also the potential risks involved. Showcasing their work may hinder access to potential subjects in the future. What is more, it is beyond their control how results are interpreted and used politically by state actors or by the very communities that they are researching. Finally, even years after a project is completed, new personal developments may trigger seemingly processed challenges to resurface. Considerations for researcher safety – and that of participants, for that matter – should therefore not stop with a publication.

Strategies and Institutional Support: The German Context

There are different strategies for improving researcher safety and reducing harm when viewing terrorist and (violent) extremist content. For example, VOX-Pol has compiled and regularly updates useful resources on privacy and security (VOX-POL o.J. a) as well as researcher wellbeing (VOX-POL o.J. b). An infographic from GNET (o.J.), VOX-Pol, and Moonshot also provides a comprehensive overview of best practices and strategies for researchers and advice for institutions. Moreover, we have much to learn from civil society organizations working in the field in terms of institutionalizing peer and external support (HAUGSTVEDT 2020). While there is hence no lack of knowledge amongst researchers and practitioners within the field regarding strategies to reduce personal harm and improve individual coping mechanisms, there is a clear need to expand and normalize support as well as funding, and there are still disparities in terms of what is offered at the institutional level (MATTHEIS & KINGDON 2021).

Across the social science discipline, researchers have highlighted the absence of guidance (GRIMM et al. 2020) on how to conduct safe research in risky (PAWELZ 2017) and sensitive contexts. In Germany, universities have implemented ethics guidelines and committees. However, formal review of individual projects by an ethics committee is not mandatory and is typically pursued only when specifically requested by the funder or a publisher. Due to the diversity of research institutions and the various fields of study they encompass, the needs of researchers may differ depending on their projects, leading to certain issues being prioritized over others. Although researcher safety is extensively discussed within extremism and terrorism studies communities, those outside of these fields may not be aware of the extent of the challenges, including among otherwise well-versed committee members.

Issues of researcher safety can be further compounded by the precarious working conditions in German academia (WAGNER 2021) and the expectations placed on researchers, such as the need to engage in knowledge transfer and promotion of their work (YELIN & CLANCY 2020). As has been noted above, increased visibility can also increase the risk of harassment (MASSANARI 2018), leading individuals to feel like they have to choose between their safety and their career (CANNON 2023). Non-tenured researchers, in particular, may be less likely to seek help due to fear of negative consequences on their career. Thus, raising awareness at the institutional level is the first step to recognizing harms, providing support, and creating conditions for self-organization and peer support.

Beyond increased awareness, in many cases, the willingness and ability to provide support ultimately boils down to the funding structures available to implement strategies. Many researchers in Germany rely on fixed-term contracts and third-party funding, which has implications for institutions and the (continued) support they can offer their employees. We suggest that financial as well as time capacities for these needs should be a part of project planning from the start. For example, in this context, allocated funds for implementing researcher safety and technological harm reduction strategies such as training, psychological support, or necessary equipment like separate devices, VPN access, or software, would be beneficial. Beyond allocated third-party funding, specific funding for

collective and individual pathways to resources and support should be included in the budget, when available, at the institutional level.

That being said, when the basis for such support is provided at an institutional level, researchers should also take advantage (GRIMM et al. 2020) of these opportunities by actively participating as well as identifying and communicating barriers to active engagement wherever possible, keeping in mind that such barriers may present differently for different societal groups. Moreover, it is important for supervisors to openly discuss the potential risks with researchers at the beginning of the project and give researchers the space to continuously evaluate their emotional state and the need for intervention during and after their research. Finally, the use of ethics committees and guidelines should be further institutionalized at German universities, along with structures for exchange and guidance tailored (CONWAY 2021) to the specific requirements of the relevant sub-field (MORRISON 2021).

Literatur

- American Psychological Association (APA) (2023):** APA warns of psychological impacts of violence in Middle East. <https://www.apa.org/news/press/releases/2023/10/middle-east-violence-statement>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Baele, Stephane J./ Lewis, David/ Hoeffler, Anke/ Sterck, Olivier C./ Slingeneyer, Thibaut (2018):** The Ethics of Security Research: An Ethics Framework for Contemporary Security Studies. In: *International Studies Perspectives*, 19 (2), 105-127.
- Cannon, Maddie (2023):** Can't Stand the Heat? Best Practices and Institutional Responsibilities to Safeguard Extremism Researchers. *Global Network on Extremism and Technology*. <https://gnet-research.org/2023/12/11/cant-stand-the-heat-best-practices-and-institutional-responsibilities-to-safeguard-extremism-researchers/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Conway, Maura (2021):** Online Extremism and Terrorism Research Ethics: Researcher Safety, Informed Consent, and the Need for Tailored Guidelines. In: *Terrorism and Political Violence*, 33 (2), 367-380.
- Criezis, Meili (2022):** Challenging the Gatekeepers: the Experiences of Women of Colour Researchers in the Terrorism Studies Field. *Global Network on Extremism and Technology*. <https://gnet-research.org/2022/11/28/challenging-the-gatekeepers-the-experiences-of-women-of-colour-researchers-in-the-terrorism-studies-field/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Global Network on Extremism and Technology (GNET) (o.J.):** Strategies for Researchers Analysing Terrorist and Violent Extremist Content (TVEC). <https://gnet-research.org/wp-content/uploads/2023/05/GNET-Infographic-May-2023-2-4.pdf>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Grimm, Jannis/ Koehler, Kevin/ Lust, Ellen M./ Saliba, Ilyas/ Schierenbeck, Isabell (2020):** Safer Field Research in the Social Sciences. A Guide to Human and Digital Security in Hostile Environments. SAGE Publications Ltd.
- Haugstvedt, Havard (2020):** The Role of Social Support for Social Workers Engaged in Preventing Radicalization and Violent Extremism. In: *Nordic Social Work Research*, 12 (1), 166-179.
- Horgan, John (2011):** Interviewing the Terrorists: Reflections on Fieldwork and Implications for Psychological Research. In: *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression*, 4 (3), 195-211.
- Junk, Julian/ Sold, Manjana (2021):** Researching Extremist Content on Social Media Platforms: Data Protection and Research Ethics Challenges and Opportunities. London: Global Network on Extremism and Technology (GNET).
- Lakomy, Miron/ Bozek, Maciej (2023):** Understanding the Trauma-Related Effects of Terrorist Propaganda on Researchers. London: Global Network on Extremism and Technology (GNET).
- Marwick, Alice/ Blackwell, Lindsay/Lo, Katherine (2016):** Best Practices for Conducting Risky Research and Protecting Yourself from Online Harassment (Data & Society Guide). New York: Data & Society Research Institute.

- Massanari, Adrienne L. (2018):** Rethinking Research Ethics, Power, and the Risk of Visibility in the Era of the “Alt-Right” Gaze. In: *Social Media + Society*, 4 (2), 1-9.
- Mattheis, Ashley A./ Kingdon, Ashton (2021):** Does the Institution Have a Plan for That? Researcher Safety and the Ethics of Institutional Responsibility. In: Lavorgna, Anita (Hg.): *Researching Cybercrimes*. Basel: Springer, 457-472.
- Mattheis, Ashley A. (2023):** Researching Hate: Negotiating the Digital as Field Site in the Study of Extremist Cultures and Propaganda Online. In: Díaz-Fernández, Antonio M./Del-Real, Cristina/Molnar, Lorena (Hg.): *Fieldwork Experiences in Criminology and Security Studies*. Basel: Springer, 589-608.
- Mietke, Hannah/ Van de Wetering, Denis/ Sellenriek, Juliane/ Thießen, Ann-Kathrin/ Zick, Andreas (2023):** What Might Critical Research on Right-Wing Extremism and Discrimination Look Like? Reflections on Hegemonic Positionings. *NaDiRa Working Papers, NWP #10*. Berlin: DeZIM Institut.
- Mills, Tom/ Massoumi, Narzanin/ Miller, David (2019):** The Ethics of Researching ‘Terrorism’ and Political Violence: a Sociological Approach. In: *Contemporary Social Science. Knowing Terrorism: Ethical, Methodological and Other Challenges*. *Journal of the Academy of Social Sciences*, 15 (2), 119-133.
- Morrison, John/ Silke, Andrew/ McGowan, Eke (2021):** The Development of the Framework for Research Ethics in Terrorism Studies (FRETS). In: *Terrorism and Political Violence*, 33 (2), 271-289.
- Nicholls, Helen/ Nicholls, Matthew/ Tekin, Sahra/ Lamb, Danielle/ Billings, Jo (2022):** The impact of working in academia on researchers’ mental health and well-being: A systematic review and qualitative meta-synthesis, 17 (5). *PLoS One*.
- Pawelz, Janina (2017):** Researching Gangs: How to Reach Hard-to-Reach Populations and Negotiate Tricky Issues in the Field. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 19 (1).
- Pearson, Elizabeth/ Whittaker, Joe/ Baaken, Till/ Zeiger, Sara/ Atamuradova, Farangiz/ Conway, Maura (2023):** Online Extremism and Terrorism Researchers Security, Safety and Resilience: Findings from the Field. *VOX-Pol Network of Excellence*.
- Scrivens, Ryan (2022):** Examining Online Indicators of Extremism among Violent and Non-Violent Right-Wing Extremists. In: *Terrorism and Political Violence*, 35 (6), 1389-1409.
- University of Nebraska Omaha (o.J.):** Protecting the Protectors: NCITE Explores Trauma in Counterterrorism Work. <https://www.unomaha.edu/ncite/news/2023/09/resilience-panel.php>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- VOX-Pol (o.J. a):** Researcher Welfare 1: Privacy and Security. <https://voxpath.eu/researcher-welfare-1-privacy/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- VOX-Pol (o.J. b):** Researcher Welfare 2: Mental and Emotional Well-being and Self Care. <https://voxpath.eu/researcher-welfare-2-wellbeing/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- VOX-Pol (2023):** Trolling and doxxing: Graduate students sharing their research online speak out about hate. <https://voxpath.eu/trolling-and-doxxing-graduate-students-sharing-their-research-online-speak-out-about-hate/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Wagner, Sophia (2021):** German Scientists Protest Short contracts, Working for Free. <https://www.dw.com/en/scientists-german-universities-protest-short-term-contracts-working-for-free/a-58088295>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Winter, Charlie (2019):** Researching Jihadist Propaganda: Access, Interpretation, & Trauma. In: *Resolve Network* (Hg.): *Researching Violent Extremism Series*. Washington, DC: United States Institute of Peace.
- Yelin, Hannah/ Clancy, Laura (2020):** Doing Impact Work While Female: Hate Tweets, ‘Hot Potatoes’ and Having ‘Enough of Experts’. *European Journal of Women’s Studies*, 28 (2), 175-193.

Forschung ohne Praxis?! Ein Überblick aktueller Entwicklungen und ein „Was wäre, wenn?“-Gedankenspiel

Lars Wiegold (RADIS)

Haarscharf ist der Quasi-Exitus der Extremismusprävention in Deutschland abgewandt worden. Die Ausgabesperre, die angesichts der unsicheren Haushaltslage im Dezember 2023 verhängt wurde, hat große Befürchtungen geschürt und strukturelle Missstände von Förderlogiken sozialer Projekte in Deutschland offengelegt. Ausbleibende Zahlungen in Folge politischer Komplikationen oder aufgrund fehlender Folgeförderungen schweben permanent als Damoklesschwert über der Extremismuspräventionslandschaft in Deutschland. Dieser Zustand gefährdet die nachhaltige Zusammenarbeit von Forschung und Praxis.

In einem offenen Brief (PRESSESPiegel 2023) haben über 50 zivilgesellschaftliche Initiativen die vorzeitige Freigabe finanzieller Mittel gefordert und die Dringlichkeit verdeutlicht. Darunter waren Opferberatungsstellen, Antidiskriminierungsstellen und Ausstiegshilfen, vor allem vom Bundesprogramm Demokratie Leben! (o.J.) geförderte Projekte. Die Einigung der Bundesregierung vom 13.12.2023 auf einen Haushaltsentwurf für 2024 (LITSCHKO 2023) ließ viele Demokratieförderprojekte aufatmen. Dennoch verdeutlicht sie die strukturellen Herausforderungen, mit denen sich die Branche konfrontiert sieht, und die Hoffnungen, die in ein neues Demokratiefördergesetz gesetzt werden.

Für wen und mit wem forschen wir?

In der Extremismusprävention/Demokratieförderung sind Forschung und Praxis eng verzahnt. Interdisziplinäre Forschung liefert Forschungsergebnisse, welche von Praktiker*innen umgesetzt werden können. Egal, ob Primär-, Sekundär- oder Tertiär-Prävention (BAG RELEX o.J.), sie alle verlassen sich auf valide Forschungsergebnisse, um ihre Arbeit adäquat und evidenzbasiert gestalten zu können. Im Gegenzug profitiert die Forschungslandschaft ungemein von der Analyse praktischer Erkenntnisse und dem Erfahrungswissen der Praktiker*innen. Ohne den Einsatz von engagierten Praktiker*innen könnte man die Bedeutung der Forschung in der Extremismusprävention möglicherweise sogar in Frage stellen, da diese ihre Wirkung vor allem dann entfalten kann, wenn sie auf praktischer Ebene implementiert wird.

Forschung und Praxis, ein „Ist-Zustand“

Dass der Bedarf an zivilgesellschaftlichen Präventions- und Demokratieförderprojekten in Forschung und Praxis hoch ist, verdeutlicht die aktuelle Studienlage (ZICK, KÜPPER & MOKROS 2023, DECKER et al. 2022, WIELAND & KOBER 2023). Fortlaufende Polarisierungen innerhalb der gesellschaftlichen Debattenkultur, als jüngstes Beispiel ist hier der Nahostkonflikt zu nennen, zeigen auf, dass in allen öffentlichen Sphären mehr Verständigung und Respekt zwischen den Lagern etabliert werden muss.

Das Programm *Demokratie Leben!*, welches die drei Ziele der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Prävention von extremistischen Bewegungen verfolgt, ist hier ein wesentlicher Bestandteil der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich auf Förderungen stützen und mit praktischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen auf Bundes-, Landes und kommunalen Ebenen agieren. Die Weiterförderung des Programms über das Jahr 2024 hinaus ist jedoch noch nicht gesichert.

Im RADIS-Forschungsnetzwerk sind zahlreiche erfolgreiche und produktive Kooperationen zwischen Wissenschaft und Praxis zu verzeichnen. Ein beträchtlicher Teil der Praxispartner wird im Rahmen von Förderprogrammen wie Demokratie Leben! unterstützt. Somit wäre wohl auch eine große Anzahl an Praxispartner*innen der Forschungsprojekte weggebrochen, wenn der Exitus nicht im letzten Moment abgewandt worden wäre. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben hätten, wären vielfältig gewesen. Ein Ergebnis- und Erkenntnisverlust hätte sich vermutlich nicht verhindern lassen und bereits etablierte Kooperationen, die langfristig gedacht und mühsam erarbeitet wurden, hätten keine Zukunft. Insbesondere in der Tertiärprävention hätte es wohl einen starken Einfluss auf Radikalisierungsprozesse von Individuen gehabt, die sich gegenwärtig in Aussteigerprogrammen befinden, da diese nicht weiter hätten betreut werden können und die mühselig aufgebaute Beziehungsarbeit sowie das Gegenangebot, welches durch die Präventionspraktiker*innen geschaffen wurde, zerbröckelt wäre.

Dass Forschung und Praxis im Feld der Extremismusprävention eine eng verwobene und kaum zu trennende Einheit darstellen, verdeutlicht die im Folgenden vorgestellte Auswahl von Forschungsprojekten.

RADIS und die Praxispartner*innen

In der Präventionslandschaft existieren bereits seit einigen Jahren Projekte, die enge Kooperationen zwischen Praxis und Forschung beinhalten.

Dabei ist es zumeist ein langer und mühseliger Prozess für Forschende, einen Zugang zu den Forschungssubjekten und Proband*innen zu erlangen. Die untersuchten Personen sind oft vulnerablen Gruppen zuzuordnen, die sich aufgrund ständiger Furcht vor öffentlichen Anfeindungen oder staatlichen Repressionen nur selten öffentlich äußern. Im Bereich der Präventionsarbeit sind Akteure, die vor Ort tätig sind und metaphorische Türen öffnen, von entscheidender Bedeutung. Insbesondere wenn die Wahrnehmungsebene der von Diskriminierung betroffenen Gruppen erforscht werden soll, sind Interview-Formate unumgänglich. Dementsprechend sind vermittelnde Personen, wie sie zum Beispiel im Forschungsprojekt ArenDt (RADIS o.J. a) (Auswirkungen des radikalen Islam auf jüdisches Leben) des RADIS-Netzwerkes vorzufinden sind, hilfreich. ArenDt untersucht wie jüdische Menschen antisemitische Diskriminierungserfahrungen wahrnehmen, die von islamistischen Akteur*innen ausgehen. Ebenfalls können praktische Vermittler*innen bei dem Transfer von Wissen hilfreich sein, um ein Problembewusstsein in den verschiedensten Kontexten zu etablieren. Bei der Vermittlung hilft das Ernst-Ludwig-Ehrlich Studienwerk, das Begabtenförderwerk der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, welches ein ArenDt Praxis-Partner darstellt und Zugänge zur jüdischen Gemeinschaft ermöglicht und erleichtert. Ebenfalls ist das Netzwerk für Demokratie und Zivilcourage aktiv am Forschungsprojekt beteiligt, um die gewonnenen Forschungsergebnisse in die Gestaltung neuer Programme der politischen Bildungsarbeit sowie in die Überarbeitung bestehender Formate einzubeziehen. Dabei geht es um eine zielgruppengerechte Aufarbeitung sowie einen adäquaten Wissenstransfer, der einen Grundstein für eine funktionierende Zusammenarbeit legt. Fielen die Praxispartner*innen weg, würde sich die Forschung wohl um sich selbst drehen.

Ein weiterer wichtiger Vorteil dieser Kooperationen ist, dass sie Multidisziplinarität ermöglichen. Verschiedenste Faktoren können Einfluss auf Radikalisierungsverläufe haben. Insbesondere, wenn es um Radikalisierung im Hinblick auf lokale, zumeist marginalisierte Räume geht, ist für Forschende auf Praktiker*innen zurückzugreifen, welche die individuellen Gegebenheiten des Raums, in welchem geforscht wird, kennen und kontextualisieren. Die Ergebnisse werden dann wiederum von Praktiker*innen aus der Präventionsarbeit wie auch von Sozialarbeiter*innen in dem erforschten Raum umgesetzt. Das Forschungsprojekt RadiRa (Radikalisierende Räume, RADIS o.J. b) setzt genau hier an und erforscht die Auswirkungen urbaner Milieus und Sozialräume auf neo-salafistische

Radikalisierungsprozesse und bindet Sozialarbeiter*innen, durch Wissens-Praxis-Transfers in die Forschung ein. Stellt man sich nun vor, dass eine solche Kooperation entfällt, entfallen auch die Potenziale, die sich durch die Erkenntnisse für ebenjene urbanen Milieus und Sozialräume bieten.

Besondere Anforderungen bringt der für die Radikalisierungsprävention wichtige Sozialraum Schule mit sich. Logistische Zugänge zu Schulen und Bildungseinrichtungen müssen erst geschaffen werden, der Aufbau sozialer Bindungen muss ermöglicht werden. Hier sind zur Zeit die Respekt Coaches (BMFSFJ 2021) aktiv, die Angebote der Radikalisierungsprävention an die Schulen bringen und Workshops mit Schüler*innen veranstalten. Somit können sie als Mittler*innen zwischen Theorie und Praxis fungieren. Und auch die Respekt Coaches benötigen Fortbildungen, um Phänomenbereiche zu kategorisieren und gegebenenfalls selbst einschätzen zu können, ob weitere Unterstützung aus der Präventionspraxis notwendig ist. Sollte das Programm Respekt Coaches nun die Förderung im nächsten Jahr verlieren, wäre das eine erhebliche Schwächung der Präventionspraxis im Raum Schule.

Förderlogiken und nachhaltige Demokratieförderung

Doch auch wenn mit der vorläufigen Einigung der Bundesregierung ein kurzzeitiges Aufatmen durch die Landschaft ging, ist die Förderung über das Jahr 2024 hinaus für viele Projekte noch nicht gesichert. Das neue Demokratiefördergesetz, welches das Ende 2024 auslaufende Programm Demokratie Leben! absichern sollte, lässt auf sich warten. So droht vielen Demokratieprojekten eine Finanzierungslücke ab 2025. In diesem Demokratiefördergesetz müssen auch Förderlogiken überdacht werden. Kurzfristig gedachte Förderzyklen erschweren die nachhaltige Zusammenarbeit von Forschung und Praxis, da diese Zyklen in den überwiegenden Fällen nicht zusammen geplant werden. Eine repräsentative Befragung (KLEIST et al. 2023) des DeZIM-Instituts verdeutlicht, dass eine überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung sich eine langfristig finanzierte Zivilgesellschaft wünscht, was wiederum konträr zu den jetzigen Förderlogiken steht. Ebenfalls sind die seit Wochen andauernden Protestversammlungen gegen Rechtsextremismus und für eine offene und plurale Gesellschaftsordnung Ausdruck eines gesellschaftlichen Wunsches, die demokratische Grundordnung zu stärken und antidemokratische Grundhaltungen einzudämmen.

Eine langfristig abgesicherte Demokratieförderung ist auch wichtig, da gerade Praktiker*innen der Präventionsarbeit auf Beziehungsarbeit bauen, die sich häufig erst über längere Zeiträume konstituiert. Dabei brauchen Projekte sowohl in der Praxis als auch in der praxisnahen Forschung Zeit zur (Ein-)Findung, Erprobung der erdachten und auf wissenschaftlicher Basis erarbeiteten Konzepte sowie zur nachhaltigen Implementierung in bestehende Strukturen. Gerade aufgrund der großen Verschränkung von Forschung und Praxis sind langfristig gedachte Förderperioden aus praktischer Perspektive genauso wichtig wie aus wissenschaftlicher. In der Prävention von Extremismus und Radikalisierung wie auch in der Demokratieförderung kann weder Forschung ohne Praxis noch Praxis ohne Forschung den gewünschten und geforderten gesellschaftlichen Mehrwert bieten.

Wichtig ist nun, aus der Situation vom Jahresende 2023 zu lernen und Konsequenzen zu ziehen. Der Stellenwert von Demokratieförderung und Extremismusprävention muss auch in politische Entscheidungen einbezogen werden. Langfristige Förderungen müssen die Regel und nicht die Ausnahme sein. Forschung und Praxis gehören zusammengedacht. All das sollte in einem ab 2025 greifenden Demokratiefördergesetz implementiert sein.

Literatur

- BAG RelEx (o.J.):** Radikalisierungsprävention: Extremismus vorbeugen. <https://www.bag-relex.de/wissen/radikalisierungspraevention/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- BMFSFJ (2021):** Respekt Coaches an Schulen. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/integration-und-chancen-fuer-junge-menschen/respekt-coaches-anti-mobbing-profis>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/ Brähler, Elmar (2022):** Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Demokratie leben! (o.J.):** „Demokratie leben!“ ab 2025. <https://www.demokratie-leben.de/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Kleist, Olaf/ Weiberg, Mirjam/ Schöll, Anja (2023):** Mehr Demokratie fördern! Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft. DeZIM Briefing Notes #10, Berlin. https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5657.pdf, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Litschko, Konrad (2023):** Demokratieprojekte gerettet. <https://taz.de/Nach-der-Einigung-zum-Haushalt/!5980315/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Pressespiegel (2023):** Offener Brief: Eine unterfinanzierte Zivilgesellschaft gefährdet die Demokratie. <https://neuedienmacher.de/pressespiegel/beitrag/offener-brief-eine-unterfinanzierte-zivilgesellschaft-gefaehrdet-die-demokratie/>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- RADIS (o.J. a):** Auswirkungen des radikalen Islam auf jüdisches Leben in Deutschland (ArenDt). Der Einfluss des radikalen Islam auf Diskriminierungserfahrungen, Bedrohungswahrnehmungen und Handlungsintentionen von in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden. <https://www.radis-forschung.de/projekte/arendt>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- RADIS (o.J. b):** Radikalisierende Räume (RadiRa). Untersuchung der Rolle von Stadtteilen für salafistische Radikalisierung bei gleichzeitiger Entwicklung eines raumbezogenen präventiven und intervenierenden Ansatzes der Sozialen Arbeit. <https://www.radis-forschung.de/projekte/radira>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Universität Leipzig Theologische Fakultät (o.J.):** Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung. <https://www.theol.uni-leipzig.de/kompetenzzentrum-fuer-rechtsextremismus-und-demokratieforschung/leipziger-autoritarismus-studie>, letzter Zugriff: 21.11.24.
- Wieland, Ulrike/ Kober, Ulrich (2023):** Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft. Wahrnehmungen und Einstellungen in der Bevölkerung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Mokros, Nico (2023):** Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: J.H.W. Dietz.

Projekte und Autor*innen

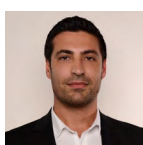
Distanz Strukturelle Ursachen der Annäherung an und Distanzierung von islamistischer Radikalisierung - Entwicklung präventiv-pädagogischer Beratungsansätze

Welche individuellen und strukturellen Faktoren beeinflussen Deradikalisierungs- und Distanzierungsprozesse? „Distanz“ erhebt die Erfahrungen von Praktiker*innen aus Beratungsstellen der Präventionsarbeit und analysiert die Biografien von inzwischen deradikalisierten jungen Erwachsenen.

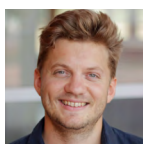
Beteiligte Institutionen: IU Internationale Hochschule; Universität Vechta



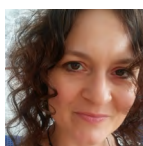
Eike Bösing, M.A. Soziale Arbeit, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS e.V.). Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Radikalisierung und Prävention, Wohnungsnotfallhilfen und der Professionalisierung Sozialer Arbeit.



Dr. Mehmet Kart ist Professor für Soziale Arbeit an der IU Internationale Hochschule und Gründungsmitglied des Zentrums für Radikalisierungsforschung und Prävention (ZRP). Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Erziehung, Bildung und Sozialisation in der Einwanderungsgesellschaft, Radikalisierung und Prävention.



Yannick von Lautz, M.A. Sprachen und Kulturen der islamischen Welt, akademischer Koordinator des Zentrums für Radikalisierungsforschung und Prävention (ZRP) an der IU Internationale Hochschule. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Radikalisierung, Deradikalisierung und Prävention.

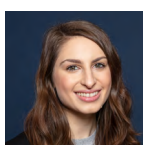


Dr. Margit Stein ist Professorin für Allgemeine Pädagogik an der Universität Vechta. Sie war zuvor Professorin für Soziale Arbeit. Ein Schwerpunkt ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit sind u.a. die Bereiche der Bildung und Erziehung in heterogenen Lern- und Lebensumgebungen, Migrationspädagogik, Interkulturelle und interreligiöse Bildung sowie religiös begründete (De)Radikalisierung.

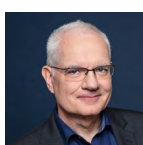
KURI Konfigurationen von gesellschaftlichen und politischen Praktiken im Umgang mit dem radikalen Islam

Welche Maßnahmen wurden in Deutschland seit 2001 gegen radikalen Islam getroffen und warum? Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Anforderungen untersucht „KURI“ die Problemwahrnehmungen und Lösungskonzepte von Politik, Verwaltung, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Beteiligte Institutionen: IFSH - Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik; PRIF - Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung



Reem Ahmed ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) und Promotionsstudentin an der Universität Hamburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Extremismus, (Anti-)Terrorismus und Plattformregulierung.



PD Dr. Martin Kahl ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Er koordiniert das Forschungsprojekt „KURI“ und arbeitet seit vielen Jahren zu den Themen Sicherheit und Terrorismus.



Mona Klöckner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim PRIF-Programmbereich „Transnationale Politik“ und in der Forschungsgruppe „Radikalisierung“. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich mit der politisch-psychologischen Dynamik von Auseinandersetzungen um Wahrheit, Zugehörigkeit und Identität.



Manjana Sold ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Programmbereich „Transnationale Politik“ am PRIF. Ihr Forschungsfokus liegt auf der Rolle des Internets in Radikalisierungsprozessen und der Verbindung zwischen Radikalisierung im virtuellen und im realweltlichen Raum im islamistischen und rechtsextremen Phänomenbereich.

RADIS *Transfervorhaben Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam*

RADIS begleitet die Projekte der vom BMBF geförderten Förderlinie „Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam in Deutschland und Europa“. Die zwölf Projekte forschen zu den vielen Facetten des Phänomenbereichs Islamismus und werden von RADIS in Vernetzung und Wissenstransfer begleitet. Aus unterschiedlichsten Perspektiven analysieren sie, wie Islamismus und die Diskurse darüber in die Gesellschaft wirken. Ein weiterer Fokus sind die Gründe für das Erstarken islamistischer Tendenzen in Deutschland und Europa sowie Prozesse der (Co-)Radikalisierung.

Beteiligte Institutionen: PRIF - Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung; Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld; Violence Prevention Network GmbH (VPN), Berlin



Shaimaa Abdellah ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Transferprojekt RADIS im Programmbereich „Transnationale Politik“ am PRIF. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die islamistische Radikalisierung in Deutschland und Europa.



Sina Tultschinetski ist Projektkoordinatorin des Transferprojekts RADIS im Programmbereich „Transnationale Politik“ am PRIF. Ihre Arbeit konzentriert sich auf Extremismus und Radikalisierung in Deutschland und Europa.

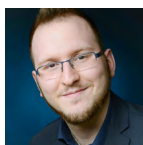


Lars Wiegold ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Projekten RadiGaMe und RADIS. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Erforschung von radikalen und extremistischen Online-Milieus, insbesondere in digitalen Spiele-Communities.

RIRA *Radikaler Islam versus radikaler Anti-Islam*

Welche Dynamiken entstehen aus gegenseitigen Bedrohungswahrnehmungen von Muslim*innen und Nicht-Muslim*innen? Das Verbundprojekt „RIRA“ erforscht gesellschaftliche Einstellungen gegenüber dem Islam, Prozesse der (Co-)Radikalisierung und Polarisierung sowie die damit verbundenen Effekte.

Beteiligte Institutionen: Universität Duisburg-Essen; Universität Leipzig; Universität Osnabrück; GEI-Leibniz-Institut



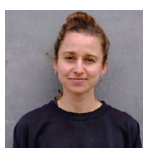
Kazim Celik, M.A., Politikwissenschaft, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung und Mitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Im Projekt „RIRA“ forscht er zu gesellschaftlicher Polarisierung und wahrgenommenen Bedrohungen als Triebfaktoren von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen unter (Post-)Adoleszenten.



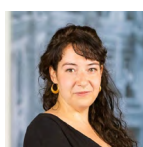
Fabian Hess, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für Forschung und Lehre an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Abteilung Sozialpsychologie). Im Rahmen des Forschungsprojekts „RIRA“ schrieb er seine Dissertation an der Universität Leipzig.



Kim Hesch studiert Psychologie im Master mit dem Schwerpunkt Arbeit, Bildung und Gesellschaft an der Universität Leipzig. Sie ist studentische Mitarbeiterin des Else-Frenkel-Brunswik-Institut im Rahmen des Forschungsprojektes „RIRA“.



Hannah Hoffmann, M.Sc. Psychologie, ist zurzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik Institut und arbeitete dort im Forschungsprojekt „RIRA“ mit.



Johanna Niendorf, M.A. Sozialwissenschaften, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Im Rahmen des Projektes „RIRA“ forscht sie zur Verschränkung adoleszenter und gesellschaftlicher Krisen und promoviert zum Thema Autoritarismus und Geschlecht.



Dr. Cemal Öztürz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „RIRA“ am Lehrstuhl Vergleichende Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen. Er forscht zu den sozialpsychologischen Triebkräften gruppenbezogener Vorurteile und Ressentiments und ihre politischen und gesellschaftlichen Folgen (z. B. Rückwirkungen auf die politische Kultur, die Wahl rechtspopulistischer Parteien, Rechtsextremismus und Radikalisierung).



Dr. Gert Pickel ist Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Er ist Co-Leiter des Forschungsinstitutes Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) Leipzig und der Verbundstudie „Institutionen & Rassismus“ sowie stellvertretender Leiter des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus- und Demokratieforschung (KReDo). Gert Pickel beschäftigt sich seit vielen Jahren mit antimuslimischen Rassismus, Demokratie und Rechtsextremismus, u. a. im Projekt „RIRA“.



Dr. Susanne Pickel ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Sie ist Konsortialleiterin des Projektes „RIRA“ und Projektpartnerin im Projekt „Gesellschaftliche Konflikte und Dynamiken des Parteienwettbewerbs in der Migrations- und Integrationspolitik“ (MigRep). Susanne Pickel forscht seit vielen Jahren zu politischer Kultur, Demokratie sowie Transformation in Osteuropa.



Transfervorhaben Gesellschaftliche Ursachen
und Wirkungen des radikalen Islam
in Deutschland und Europa

Impressum

Koordination und Lektorat Shaimaa Abdellah, Sina Tultschinetski
Redaktion PRIF Blog: Sam Forsythe, Henriette Franken, Elisabeth Waczek
c/o PRIF - Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Straße 27–31
D-60329 Frankfurt am Main
www.prif.org | www.radis-forschung.de

Die Autor*innen tragen die Verantwortung für die veröffentlichten Inhalte.
Lizenz: [Creative Commons Namensnennung - Keine Bearbeitungen 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Dieses Werk basiert auf der gleichnamigen Blogserie im PRIF Blog aus den Jahren 2023 und 2024.
<https://blog.prif.org/reihen/radis-blogserie-debatten-zu-islamistischem-extremismus/>



IKG | Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung

 Violence
Prevention Network

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung